

*»Der kühnen Bahn nun folgen wir...«
Beiträge zum 130. Jahrestag der
Gründung des ADAV*

**Rosa-Luxemburg-Verein e.V.
Leipzig 1993**

MITTEILUNGEN
Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus

Heft 14

© **ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V.**
Rosa-Luxemburg-Straße 19-21
04103 Leipzig

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann
Redaktion: Manfred Neuhaus
Texterfassung: Ursula Albert
Korrektur: Ursula Albert und Gerhild Schwendler
Satz: Daniel Neuhaus
Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft in Sachsen m.b.H.
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
ISBN 3-929994-15-1

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs »Zur russischen Revolution« (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitza besorgten Edition »Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts ›Zur russischen Revolution‹ und andere Quellen zur Polemik mit Lenin«, Dietz Verlag Berlin 1990 (S. 152) entnommen.

Inhalt

Hans Jürgen Friederici »Der kühnen Bahn nun folgen wir...«	5
Hans Jürgen Friederici »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet	15
Helmut Hirsch Marxens Verhältnis zu Lassalle.....	21
Wolfgang Schröder Zur Position des ADAV im Geschichtsbild · Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei	29
Volker Külöw Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses.....	41
Henrike Dietze »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten.....	45
Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle.....	51
Personalia.....	53
Autoren dieses Heftes	63
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins	65

»Der kühnen Bahn nun folgen wir...«

Zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV*

von

Hans Jürgen Friederici

Das Motto unserer heutigen Veranstaltung ist einem Lied entnommen, das die organisierten deutschen Arbeiter im 19. Jahrhundert mit großer Begeisterung gesungen haben; der berühmten Arbeitermarseillaise mit den Worten von Jacob Audorf: »Wohlan , wer Recht und Wahrheit achtet, zu unsrer Fahne steht Zuhauf. Ob auch die Lüg' uns noch umnachtet , bald steigt der Morgen hell herauf . Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen; zahllos ist unsrer Feinde Schaar. Doch ob wie Flammen die Gefahr mög' über uns zusammenschlagen. Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all. Der kühnen Bahn nun folgen wir, die uns geführt Lassalle.«

Lassalle, den dieses Lied so über alle Maßen pries, hat es selbst nie gehört. Es entstand erst nach seinem Tod. Er selber hatte sich von Georg Herwegh, einem Mitkämpfer aus den Tagen der Revolution von 1848/49, ein »Bundeslied« für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewünscht, das ihm der Dichter nach monatelangem Drängen auch schrieb: »Bet' und arbeit' ruft die Welt; bete kurz, denn Zeit ist Geld. An die Türe pocht die Not. Bete kurz, denn Zeit ist Brot.«

Die berühmtesten Zeilen dieses Gedichts sind allen bekannt: »Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still , wenn dein starker Arm es will.« Diese Verse sind über die Jahrzehnte hinweg von aufrüttelnder Wirkung geblieben; während der Vertonung durch Hans von Bülow kein großer und dauerhafter Erfolg beschieden war.

* Beitrag zur Debatte im Klub mit Helmut Hirsch im Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig am 22. Mai 1993.

Lassalle und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein – das ist eine Einheit. Wer das eine denkt, denkt das andere mit. Und nur wegen dieser einen entscheidenden Tat ist der Hochbegabte, der auch als Redner, als Verteidiger, als Wissenschaftler und Literat Bedeutendes geleistet hat, im Gedächtnis der Menschen lebendig geblieben. Hätte es die Tat vom 23. Mai 1863 nicht gegeben, wäre alles andere im Verlauf der Jahrzehnte verblaßt. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins würdigte die Namensgeberin unseres Vereins – Rosa Luxemburg – heute vor 80 Jahren in der alten »Leipziger Volkszeitung« mit folgenden Worten: »Es war ein kühner Entschluß, eine rasche Tat Lassalles, die jenen welt-historischen Moment gezeugt haben, und die Arbeiterklasse Deutschlands ist ihm ewigen Dank schuldig, daß er zu jener unsterblichen Tat ganz allein, ja gegen Marxens Abmahnung, die eiserne Kraft fand.«¹

Ja, so war es. Nach langen Jahren der Unterdrückung aller progressiven Ideen, in einer Zeit der Alleinherrschaft großbürgerlich-feudaler Mächte, erwarb sich Lassalle durch die Wiederaufnahme einer demokratisch-sozialistischen Agitation, anknüpfend an Bestrebungen von 1848/49, aber auch in Fortführung der Ideen von 1789, ein unsterbliches Verdienst. Er durchbrach den dumpfen Mief der Reaktionsperiode und pflanzte von neuem das demokratisch-sozialistische Banner auf. Mit der Gründung des ADAV begann eine neue Etappe im Kampf um eine bessere, sozial gerechtere Gesellschaft, begann die eigentliche Geschichte der kämpferischen Sozialdemokratie, begann das Bündnis von Arbeiterbewegung und Linksintellektuellen. Bei allen Schwächen, die dem ersten Versuch anhafteten – es war ein Neubeginn nach der Niederlage der Revolution; der »erste Lichtblick nach einer langen, trüben Zeit«, wie Julius Vahlteich, der erste Sekretär des ADAV, viele Jahre später schrieb.

Wer war nun dieser Mann, der so entscheidenden Anteil an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatte; dessen Leben und Werk die Historiker immer wieder fasziniert haben? Für ihn gilt ja im besonderen der berühmte Satz Schillers über Wallenstein, daß nämlich »von der Parteien Gunst und Haß verzerrt« sein Charakterbild in der

1 »Leipziger Volkszeitung« vom 23. Mai 1913.



Ferdinand Lassalle
11. April 1825 - 31. August 1864

Geschichte schwankt. Ich will zunächst etwas über den Wissenschaftler Lassalle sagen. Lassalle hatte sich im Sommersemester 1843 an der Breslauer Universität immatrikulieren lassen und ein Studium der Geschichte, der Philosophie und der klassischen Philologie begonnen. Er wechselte später nach Berlin und fiel dort wegen seiner großen Begabung u.a. den Professoren Alexander von Humboldt und August Böckh auf. Nach Abschluß des Studiums schrieb er seine Doktorarbeit über den griechischen Philosophen Heraklit, der von den Fachleuten »der Dunkle« genannt wurde. Die Arbeit war zu dreiviertel fertiggestellt, als er die Gräfin Hatzfeldt kennenlernte. Lassalle ließ den »Heraklit« liegen und übernahm die juristische Vertretung der Gräfin. Erst nach dem erfolgreichen Abschluß der Prozesse nahm er die Arbeit über den griechischen Philosophen wieder auf. Es war in den Jahren 1854/1855, als alles politische Leben in Deutschland erloschen war. Was Lassalle bewegen hatte, in dieser trüben Zeit seine Doktorarbeit wiederaufzunehmen, schrieb er in einem Brief an Marx: Er glaube, »daß es für uns nützlich sein kann [...] da wir einmal ein theoretisches Volk sind [...] wenn ich mich bei den Theoretikern unserer Nation in einen gewissen Respekt setze! Und das hoffe ich allerdings von dem Werk.«²

Die Absicht gelang. Ohne im einzelnen auf die Vorzüge und Schwächen der Arbeit Lassalles eingehen zu können, soll nur gesagt werden, daß das Erscheinen des »Heraklit« im November 1857 eine kleine Sensation war. Die Wiederherstellung eines philosophischen Systems aus Bruchstücken, Splittern und Fragmenten imponierte den Fachleuten und verschaffte dem Verfasser rasch einen geachteten Namen. Lassalle war nun nicht mehr nur der Revolutionär von 1848 und berühmt-berüchtigte Hatzfeldt-Verteidiger, sondern auch ein ernst zu nehmender Wissenschaftler. Er erhielt Anerkennungsschreiben bedeutender Gelehrter, darunter auch von Humboldt und wurde wenige Wochen nach Erscheinen der Schrift in die Berliner Philosophische Gesellschaft aufgenommen.

Drei Jahre später machte Lassalle sich erneut an ein großes theoretisches Werk, diesmal auf dem Gebiet der Jurisprudenz, an das »System

2 Ferdinand Lassalle an Karl Marx, 26. April 1857. In: Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer. Bd. 3. Stuttgart, Berlin 1922. S. 106.

der erworbenen Rechte«. Hatte ihm der »Heraklit« den Weg zu den »Theoretikern der Nation« ebnen sollen, so ging er diesmal von eindeutig politischen Absichten aus. Er wollte, wie er seinem Verleger Franz Duncker schrieb, mit diesem Buch »die feste Burg eines *wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus*« erbauen³. Er wollte der ersehnten, kommenden Revolution eine rechtsphilosophische Grundlage geben, vor allem die juristische Berechtigung revolutionärer Eingriffe in die bestehenden Eigentumsverhältnisse nachweisen. Lassalle stellte in dieser Schrift die soziale Gerechtigkeit der bürgerlich-feudalen Gesetzgebung in Frage und bezeichnete die geltende Agrargesetzgebung mit Recht als Raub an den Bauern zugunsten der Gutsbesitzer.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können – es war schon eine Leistung, innerhalb weniger Jahre eine umfangreiche philosophische Schrift und ein zweibändiges juristisches Werk vorzulegen. Lassalle war vielseitig begabt und überaus fleißig. Das juristische Buch erreichte dennoch nicht die Resonanz des »Heraklit«. Den Philosophen war es nicht philosophisch genug, und den Juristen war es politisch nicht geheuer. Dennoch wurde in Kreisen der Akademie der Wissenschaften darüber diskutiert, ob man Lassalle nicht in die Akademie berufen solle. Es gab ernsthafte Befürworter dieses Plans. Er scheiterte schließlich aber doch an den Vorurteilen vieler Gelehrter gegenüber dem Revolutionär von 1848 und Hatzfeldt-Verteidiger. Immerhin: Lassalle hatte sich im Lager der Wissenschaft einen gewissen Respekt erworben, was letztlich seine Absicht war.

Über Ferdinand Lassalle sprechen heißt über seine Beziehungen zur Gräfin Hatzfeldt sprechen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß er die Gräfin kennenlernte, als er an seinem »Heraklit« arbeitete. Die Gräfin, eine kluge und mutige Frau, in vielem ihrer Zeit weit voraus, war 20 Jahre älter als Lassalle. Sie lebte in einer unglücklichen Ehe und wollte sich von ihrem Mann scheiden lassen. Der Graf war zwar bemüht, seine Frau loszuwerden, wollte aber ihr Vermögen behalten. So war seit Jahren eine Vermögensauseinandersetzung im Gange. Die eigene Familie, an die sich die Gräfin um Hilfe gewandt hatte, versagte ihr jedwede Unterstützung, da

³ Ferdinand Lassalle an Franz Gustav Duncker, Herbst 1860. Zitiert in: Vorbemerkung des Herausgebers. In: Ferdinand Lassalle: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein. Bd. 9. Berlin 1920. S. 8.

sie den öffentlichen Skandal mehr fürchtete als die Demütigung der Tochter. So mußte die Gräfin sich um Hilfe außerhalb der Familie bemühen. Lassalle, der bei einem Treffen von ihrem Schicksal erfuhr, stellte sich ihr sofort als Rechtsbeistand zur Verfügung.

Warum übernahm der Philosophie-Student, der gerade an seiner Doktorarbeit saß, von der Juristerei bis dahin nichts verstand, diese schwierige Aufgabe? Lassalle glaubte, in dem Prozeß der Gräfin gegen ihren Gatten den Kampf eines unterdrückten, rechtlosen Wesens gegen einen der mächtigsten Feudalherren der damaligen Zeit zu sehen. Mit seiner Parteinahme für die Gräfin wollte er seinen Protest gegen die bestehende feudale Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl – aber wohl auch ein Schuß romantischer Ritterlichkeit – trieben ihn in diesen Kampf. Das ist zunächst einmal aller Ehren wert.

Allerdings war dieser Streit innerhalb der gräflichen Familie ein ganz besonders anrühiger Streit. Es ging um erhebliche Vermögenswerte, und der Graf schreckte auch vor dem Einsatz niedrigster Mittel nicht zurück. Der Prozeß war gekennzeichnet von Erpressung, Diebstahl von Dokumenten, Meineiden und Bestechungen. Es war ein rechter Sumpf, in den sich Lassalle begab. Dies Milieu färbte auch auf ihn ab, da er bald mit ähnlichen Mitteln zurückschlug. So verlernte er, im Gebrauch seiner Mittel wählerisch zu sein und begab sich auf das niedrige Niveau seiner Gegner.

Sicher war es eine große Leistung, ohne jede juristische Vorbildung in einen solchen Prozeß zu gehen und zwar nicht in einen »normalen« Prozeß, sondern in einen Prozeß gegen einen Angehörigen des Hochadels. Eine ebensolche Leistung war es, den Prozeß nicht zu verlieren, sondern den Grafen zu einem Vergleich zu zwingen, der der Gräfin (und Lassalle) in Zukunft ein materiell gesichertes Leben ermöglichte. Aber es war natürlich auch Verschwendung an Zeit und Kraft, die der Hochbegabte für bessere Zwecke hätte einsetzen können. Die Gräfin ist übrigens in der älteren Literatur fast immer unterschätzt worden. Erst in neuerer Zeit haben Helmut Hirsch, Christiane Kling-Mathey und Manfred Gebhardt eine Lanze für sie gebrochen.

Wenn man über Lassalle spricht, müßte man eigentlich auch über Karl Marx sprechen. Das überaus komplizierte Verhältnis der beiden Sozia-

listen zueinander könnte allein für einen Vortrag reichen. Lassalle war sicherlich der bessere Freund, der kaum einmal ein böses Wort über den Älteren fallen ließ (was umgekehrt bekanntlich nicht so war). Dafür war Marx persönlich viel bescheidener, zurückhaltender und längst nicht so eitel und auf äußere Anerkennung bedacht wie Lassalle. Das unterscheidet den im »entwickelten« Rheinland geborenen von dem aus dem weniger entwickelten Schlesien stammenden. Ich will diese Überlegungen jedoch an dieser Stelle nicht weiterführen, weil ja bekannt ist, daß unser verehrter Gast, Prof. Dr. Helmut Hirsch, in seinem Vortrag über das Thema »Marx und Lassalle« sprechen wird.

Deshalb an dieser Stelle nur noch einige Gedanken über Lassalles Verhältnis zur Demokratie bzw. zur demokratischen Bewegung seiner Zeit. Lassalle war schon in seiner Studentenzeit ein konsequenter Demokrat gewesen, der die herrschende Feudalordnung für längst antiquiert hielt und mit der entstehenden Arbeiterbewegung sympathisierte. Er hatte den schlesischen Weberaufstand begrüßt und in ihm – ähnlich wie Marx – den Vorboten einer neuen Zeit gesehen. In der Revolution von 1848/49 kämpfte er auf dem linken Flügel der bürgerlich-demokratischen Bewegung. Aus seiner Sympathie für die »rote Republik« machte er kein Hehl; betonte aber immer wieder, daß es in der aktuellen Auseinandersetzung mit den feudalen Mächten schädlich sei, jetzt solche Sonderinteressen zu vertreten. In großen Volksversammlungen in Köln, Düsseldorf und Neuß sprach er aus, daß es jetzt um den gemeinsamen Kampf aller Demokraten gehe und daß die »soziale Republik« eine Sache der Zukunft sei.

Dennoch wurde er wegen seiner demokratischen Überzeugungen und entsprechender Handlungen von der Konterrevolution verhaftet und vor Gericht gestellt. Dort verteidigte er sich mannhaft. Er stellte die Willkür der preußischen Reaktion bloß und verteidigte das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand gegen den Verfassungsbruch des Königs und der Regierung. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung das Faustrecht proklamiert habe und sich nur noch auf das Militär stütze. Das war Anfang Mai 1849, kurz vor Beginn der sogenannten Reichsverfassungskampagne. Die Geschworenen des Rheinlands ließen sich nicht zum Büttel einer reaktionären Justiz machen und sprachen Lassalle frei.

Nach der Niederschlagung der Revolution änderte Lassalle seine politischen Überzeugungen nicht. Sein Haus in Düsseldorf wurde zu einem Treffpunkt revolutionärer Demokraten. Mit Zustimmung der Gräfin Hatzfeldt verbarg er Mitkämpfer aus den Tagen der Revolution, verhalf er gefährdeten Demokraten zur Flucht über die nahe Grenze und organisierte er Hilfsaktionen für die Familien verhafteter Revolutionäre. Er hielt auch weiter zu Marx und war lange Zeit der einzige, der den Mut hatte – unter den Augen der Polizei – mit Marx zu korrespondieren. Nein, feige war Ferdinand Lassalle nicht.

Als die demokratische Bewegung Anfang der sechziger Jahre wieder erwachte, in vielen deutschen Städten Bürgervereine bzw. Arbeiterbildungsvereine entstanden, versuchte Lassalle, dieser Bewegung eine gewisse Orientierung zu geben. Er hielt vielbeachtete Vorträge, die auch heute noch lesenswert sind. So sprach er am 16. April 1862 in einem Berliner Bürgerbezirksverein »Über Verfassungswesen«. In diesem Vortrag machte Lassalle seinen Zuhörern klar, daß zwischen der geschriebenen und der wirklichen Verfassung eines Landes ein großer Unterschied besteht. »Verfassungsfragen«, so erläuterte er, »sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen. Die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen, tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen.«⁴

Der Fehler der Revolution von 1848/49 sei es gewesen, die bestehenden Machtverhältnisse nicht angetastet zu haben. Anstatt die Armee in ein Instrument des Volkes zu verwandeln, habe man die Zeit mit der Ausarbeitung einer Verfassung vertrödelte. In genau dieser Zeit seien die alten Machtverhältnisse wieder stabilisiert worden. Wenn es wieder einmal möglich werden sollte, sich mit den großbürgerlich-feudalen Mächten zu messen, dann – so meinte Lassalle – kein neuer Kompromiß mit ihnen, »sondern den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust«⁵.

In derselben Zeit, in der Lassalle seine berühmten Verfassungsvorträge hielt, begann er auch mit der Arbeiter-Agitation. Im gleichen Monat

4 Ferdinand Lassalle: Über Verfassungswesen. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. von Hans Jürgen Friederici. Berlin 1991. S. 105.

5 Ebenda. S. 131.

April, in dem er vor dem Berliner Bürgerbezirksverein gesprochen hatte, sprach er auch vor den Maschinenbauern der Oranienburger Vorstadt. Dort hielt er seinen berühmten Vortrag »Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes«, kurz: »Arbeiterprogramm« genannt.

Diese Rede, die bald darauf als Schrift erschien, gehört zu den besten Werken Lassalles und hat im Prozeß des Wiedererwachens der deutschen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt. Lassalle stützte sich in diesem Vortrag auf Ideen aus dem »Kommunistischen Manifest« und auf eigene Überlegungen aus seinen Düsseldorfer Vorträgen Anfang der fünfziger Jahre. Da er eine berechtigte Kritik an den in Preußen bzw. Deutschland bestehenden politischen Zuständen übte und gleichzeitig die Rolle der Volksmassen bzw. der Arbeiterschaft würdigte, löste diese Rede große Aufmerksamkeit aus. Sie rief auch wieder den Staatsanwalt auf den Plan. Lassalle wurde angeklagt, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich aufgereizt zu haben.

Der Prozeß fand im Januar 1863 statt. Lassalle trat durchaus offensiv auf und nahm die Anklage des Staatsanwaltes nach allen Regeln der Kunst auseinander. Nach turbulenten Szenen und häufigen Unterbrechungen der Verhandlung wurde Lassalle schließlich zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Beleidigung des Staatsanwaltes kamen später noch einmal vier Wochen hinzu. Der entsetzten Gräfin, die um seine Sicherheit fürchtete, schrieb er: »Angeklagt, muß und werde ich immer die Anklagebank als Tribüne für politische Propaganda benutzen. Dies ist meine Pflicht und nichts daran zu ändern!«⁶ Lassalle stand zu seinen Überzeugungen. Wenige Wochen später wurde in Leipzig – auf seine Initiative hin – der ADAV gegründet.

6 Ferdinand Lassalle an Sophie von Hatzfeld und Wilhelm Rüstow, 29.-30. Januar 1863. In: Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer. Bd. 4. Stuttgart, Berlin 1922. S. 335.

*»Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...«**

von
Hans Jürgen Friederici

Am Nachmittag des 23. Mai 1863 versammelten sich im Leipziger »Colosseum«, dem späteren Konzert- und Ballhaus Pantheon, Delegierte und Gäste aus etwa einem Dutzend deutscher Großstädte, um als Vertreter einer kleinen Schar deutscher Arbeiter und linker Intellektueller den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zu konstituieren. Man beriet über das Statut der neuen Organisation, über die Wahl eines Präsidenten und über die Zusammensetzung des Vorstandes. Der ADAV sollte nach dem Willen seiner Gründer »auf friedlichem und legalem Wege [...] für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts wirken«¹, weil nur auf diese Weise eine ausreichende Vertretung der sozialen Interessen der arbeitenden Menschen erreicht werden könne. Die Dauer des Vereins wurde auf 30 Jahre festgesetzt, wobei es dem Vorstand überlassen bleiben sollte, diese Zeit bei Bedarf zu verlängern.

Der Korrespondent der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vermerkte in seinem Bericht, daß »die Haltung der Versammlung bis zu Ende eine vollkommen würdige« war. Julius Vahlteich, der am Nachmittag die konstituierende Sitzung geleitet hatte, schrieb später über diesen denkwürdigen Tag, daß er »der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit« gewesen sei. Die Gründung des ADAV, zu dessen Präsident Ferdinand Lassalle gewählt wurde, gab vielen Demokraten und Sozialisten

* »Neues Deutschland« vom 22./23. Mai 1993. S. 13.

¹ Hans Jürgen Friederici: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie. Berlin 1985. S. 154.

in Deutschland nach einer Periode tiefer Depressionen neuen Mut. Bekannte Persönlichkeiten aus der Zeit der Revolution 1848/49 begrüßten die Gründung des ADAV. Für Wilhelm Liebknecht war es »eine selbstverständliche Parteipflicht«, sich der neuen Organisation anzuschließen; für Johann Philipp Becker »die Fortsetzung seines alten Weges von 1848«; und Georg Herwegh schrieb der Bewegung ein zündendes Kampflied mit den aufrüttelnden Versen: »Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.«²

Dem 23. Mai 1863 waren fünfzehn Jahre der Unterdrückung aller Arbeiterorganisationen vorausgegangen. Erst Anfang der sechziger Jahre entstanden in vielen Städten Arbeiterbildungsvereine, in denen Forderungen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, nach größeren sozialen Rechten und nach mehr politischer Freiheit artikuliert wurden. Vor allem aber wurde über die Notwendigkeit diskutiert, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einzuberufen. Zum Zentrum der Bewegungen entwickelte sich Leipzig.

In der Messestadt gab es seit den Tagen der Revolution einen festen Kern von Demokraten und Sozialisten, der sich vor allem mit den utopisch-sozialistischen Ideen Wilhelm Weitlings beschäftigt hatte. Da die Leipziger jedoch glaubten, der neu entstehenden Bewegung nicht genügend Impulse geben zu können, sahen sie sich nach einem Helfer um. Da stießen sie im Herbst 1862 auf Ferdinand Lassalles Schrift »Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes«, kurz »Arbeiterprogramm« genannt. Sie waren fasziniert und schrieben dem Autor einen Brief: »Wir finden in Deutschland nur Einen Mann, den wir an der Spitze einer so bedeutenden Bewegung sehen möchten [...] und dieser Eine Mann sind Sie.«³

Lassalle, der schon 1848/49 für eine einheitliche deutsche Republik und eine sozial gerechtere Gesellschaft gekämpft hatte und von Hegel und Marx beeinflusst war, kam dieser Wunsch gelegen. Er antwortete den Leipzigern, erklärte sich bereit, seine Gedanken über die Zukunft der

2 Georg Herwegh an Ferdinand Lassalle, 25. Oktober 1863. In: Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Bd. 4. Berlin 1925. S. 242.

3 Otto Dammer, Friedrich Wilhelm Fritzsche und Julius Vahlteich an Ferdinand Lassalle, 4. Dezember 1862. In: Ebenda. S. 59f.



Das »Pantheon« in Leipzig, das Gründungslokal des ADAV

neuen Bewegung in einem »Offenen Antwortschreiben« darzulegen. Diese Schrift erschien im März 1863. Er brachte in ihr die Überzeugung zum Ausdruck, daß sich die Arbeiter nur aus eigener Kraft aus ihrer elenden Lage befreien könnten. Sie dürften den großen politischen Fragen der Zeit nicht länger gleichgültig oder resignierend gegenüberstehen, sondern müßten sich überall einmischen, an den politischen Auseinandersetzungen teilnehmen. Sie sollten dies aber nicht als »Anhängsel« irgendeiner anderen Bewegung oder Partei tun, auch nicht nur im Rahmen von gewerkschaftsähnlichen Organisationen, sondern sich zur Durchsetzung ihrer Ziele »als selbständige politische Partei konstituieren«⁴.

Das liberale Bürgertum wurde durch die Agitation Lassalles aufgeschreckt und machte rasch gegen ihn und die von Leipzig ausgehenden Bestrebungen mobil. In der Presse wurden alle Artikel auf den Tenor gestimmt, Lassalle sprengte mit der Gründung des Arbeitervereins die einheitliche Front der Demokraten gegen die feudale Reaktion und sei ein bewußtes oder unbewußtes Werkzeug Bismarcks.

In den erbitterten Auseinandersetzungen um die Gründung des ADAV wurden die Leipziger Initiatoren nur von Demokraten und Sozialisten in einigen großen Städten des Rheinlands, in Hamburg und Frankfurt unterstützt. Und so war es denn auch nur ein kleiner Kreis, der sich am 23. Mai in Leipzig zusammenfand, aber es waren die erfahrensten Kräfte, fest überzeugt, mit Hilfe des ADAV eine bessere Gesellschaft zu erkämpfen. Noch jahrelang sang man die Arbeitermarseillaise: »Der kühnen Bahn nun folgen wir, die uns geführt Lassalle«.

Zweifellos gehört Lassalle in die Reihe der großen Sozialisten der neueren Geschichte. Mit seinen Reden und Schriften, vor allem mit der Gründung des ADAV, hat er viel zum Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung beigetragen. Doch sollte sich auch bald zeigen, daß die großen Hoffnungen der Demokraten und Sozialisten in den ADAV nicht in Erfüllung gingen. Lassalle hatte der neuen Bewegung nicht nur eine straffe Organisation gegeben, was den Bedingungen der Zeit, den geltenden Vereinsgesetzen entsprach, sondern die Statuten ganz auf seine

4 Ferdinand Lassalle: Offenes Antwortschreiben. In: Ausgewählte Reden und Schriften (1849-1864). Hrsg. von Hans Jürgen Friederici. Berlin 1991. S. 222.

Person zugeschnitten. Er schuf eine Art Präsidialdiktatur in der jungen Partei. Einem Kritiker antwortete er: »Die Präsidialgewalt muß so diktatorisch als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärtszubringen.«⁵ Damit hatte jedoch der ADAV wenig Chancen, sich zu der gewollten demokratisch-sozialistischen Partei zu entwickeln.

Diese Chancen verschlechterten sich noch, als Lassalle im Frühjahr und Sommer 1863 Verhandlungen mit Bismarck aufnahm. Angesichts der sehr bescheidenen Anfänge des ADAV und der erbitterten Gegnerschaft der liberalen Presse glaubte Lassalle, besonders klug zu handeln, wenn er mit dem preußischen Ministerpräsidenten über eine mögliche Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts sprach. Er hoffte, Bismarck für seine Zwecke einzuspannen zu können. In Wirklichkeit irritierte er nur seine Anhänger und potentiellen Verbündeten und erreichte bei Bismarck nichts. Wer in der Zeit des »Verfassungskonflikts« mit dem preußischen Premierminister verhandelte, konnte keine große Anhängerschaft hinter sich bringen, und wer keine »Macht« darstellte, konnte auch bei Bismarck nichts gewinnen.

So waren große Auseinandersetzungen in der jungen Partei programmiert. Die Widersprüche zwischen den Forderungen vieler Demokraten und Sozialisten auf der einen Seite und einigen Überlegungen und Prinzipien Lassalles auf der anderen Seite führten im ADAV immer wieder zu heftigen Diskussionen, Zerwürfnissen und zum Entstehen von Oppositionsgruppen. Dieser Prozeß begann schon zu Lebzeiten Lassalles und verstärkte sich nach dessen plötzlichem Tod im August 1864. Aus den Debatten um die »richtige« Politik linker Organisationen entstand 1869 als neuer Zweig der deutschen Sozialdemokratie die von Bebel und Liebknecht geführte »Eisenacher« Partei. Die beiden Fraktionen existierten dann sechs Jahre nebeneinander, bekämpften sich zeitweise erbittert, lernten aber auch voneinander, bis sie sich im Jahre 1875 in Gotha vereinigten. Damit entstand eine starke Partei, die in den Jahren des Sozialistengesetzes zusammenwuchs und den weiteren Kampf in Deutschland – mit Höhen und Tiefen – entscheidend beeinflusste.

5 Ferdinand Lassalle an Peter Röser, 12. Mai 1863. In: Dokumente des Sozialismus. Bd. 4. Stuttgart 1904. S. 474f.

*Marxens Verhältnis zu Lassalle**

von Helmut Hirsch

I

Gewidmet ist dieser Versuch, geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen, der Geschichte einer deutschamerikanischen Freundschaft. Ich skizziere sie hier aus der Erinnerung.¹ Als ich meinen »Ferdinand Lassalle. Eine Auswahl für unsere Zeit« (1963 im von keinem NS-Mitläufertum befleckten Bremer Verlag Schünemann erschienen) vorbereitete, verhalf Hans Jürgen Friederici (im folgenden HJF) mir unbewußt dazu, ohne Visum die DDR-Grenzkontrolle zu passieren. Er hatte mich brieflich eingeladen, ihn in der Karl-Marx-Universität zu konsultieren. Unter Vorweisen seines Briefs argumentierte ich gegenüber den Leitern der Kontrollstelle, meine Arbeit zum 100. Geburtstag des ADAV dürfe doch nicht durch verspätetes Eintreffen des beantragten Visums gefährdet werden. Im Leipziger Hotel, wo HJF mir ein Zimmer reserviert hatte, hieß es meinen US-Paß bei einem brummigen Portier hinterlegen. Im Zimmer hing ein Schild, wonach dort keine Besuche gestattet seien. HJF kam aber zu mir herauf. Er nahm mich in die Mensa mit, erklärte, ich könne nicht offiziell begrüßt werden <bzw.im Fakultätsspeiseraum essen>, weil keine amtliche Einladung vorläge, er werde mir jedoch gern eine junge Dame vorstellen, sofern ich nichts dagegen hätte. Die zukünftige Professorin <HJFs Assistentin Jutta Seidel> hatte nämlich eine Veröffentlichung von mir heftig kritisiert. Es war wohl »Denker und Kämpfer. Gesammelte Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung«, 1955 von der Europäischen

* Beitrag zu einer Debatte im Klub mit Hans Jürgen Friederici im Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig am 22. Mai 1993.

1 Nachträgliche Zusätze werden durch < > gekennzeichnet.

Verlagsanstalt Frankfurt am Main publiziert. HJFs Assistent <Eberhard Hackethal> arbeitete für mich sogar noch am Abend, als ich das Ballett »Abraxas« genoß. <In den anschließenden Nächten brachte HJF mich auf dem Sofa seiner Wohnung unter.> Hatte HJF nicht auch das Hauptverdienst daran, daß mir im Herbst 1988 vom Senat seiner Universität der Dokortitel zuerkannt wurde² – 55 Jahre nachdem ich aus gewichtigen politischen Gründen die Leipziger Dissertation nicht mehr einzureichen vermochte? Sie wurde 1936 vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, gedruckt.

II

Zur heutigen Diskussion ließe sich in Versen des Schillerschen Wallenstein-Zyklus' ausrufen:

Schweig mir von diesem Tag, es war der drei
Und zwanzigste des Mais, da man eintausend
Sechshundert schrieb und achtzehn. Ist mir's doch,
Als wär es heut, und mit dem Unglückstag
Fing's an, das große Herzeleid des Landes,
Seit diesem Tag, es sind jetzt sechzehn Jahr,
Ist nimmer Fried gewesen auf der Erden.³

Dies zum Fenstersturz aus dem Prager Schloß, als kaiserliche Räte kopf- über herabgestürzt wurden, womit ein dreißigjähriger Adels-, Bürger- und Bauernkrieg zwischen Katholiken und Protestanten losbrach.

War denn der vierzigjährige Kampf beider deutscher Staaten und Gesellschaftssysteme für den Doktoranden HJF und seine Dissertation der Karl-Marx-Universität von 1958 »Der Politiker Ferdinand Lassalle, seine Entwicklung vom revolutionären Demokraten zum kleinbürgerlichen

2 »Mein jahrzehntelanges Eintreten für Sie hat mir zwar heftige Kritik seitens der damals Mächtigen eingebracht – auch ein Parteiverfahren war geplant...« – Hans Jürgen Friederici an Helmut Hirsch, 23. Mai 1992.

3 Zitiert von Thomas Mann: »Versuch über Schiller« (1955). In: Adel des Geistes. Zwanzig Versuche zum Problem der Humanität. Berlin und Weimar 1965. S. 745f.

Staatssozialisten« etwas von den Religionskriegen des 17. Jahrhunderts Grundverschiedenes? Einleitend wagte HJF immerhin die These: »Man kann bei einer Gesamteinschätzung Lassalles trotz der schweren Fehler und der großen Schuld, die vor der deutschen Arbeiterklasse auf ihm lastet, gewisse positive Züge nicht übersehen.« (S.III.) Erst 25 Jahre danach – eine nachweisbare Strafmaßnahme für die Weigerung, die Dissertation völlig umzuschreiben⁴ – 1985, darf HJF im Ostberliner Dietz Verlag »Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie« vorlegen.

Darin steht indessen noch: »Eine objektive Wertung der Persönlichkeit und der Leistung Ferdinand Lassalles ist weder vom großbürgerlichen noch vom rechtssozialistischen Standpunkt aus möglich, sondern nur auf der Grundlage des historischen Materialismus.« (S.8.) Dogma einer fundamentalistischen Sekte.

III

Um eine neuere Quelle über »Marxens Beziehungen mit Lassalle«⁵ zu verdeutlichen, interviewe ich Wolfgang Schieder, vormals Universität Trier, jetzt Universität Köln, <wo er den Lehrstuhl seines Vaters einnimmt. Ihm (und Professor Otto B. Roegele, München) hatte ich mein historisches Hauptwerk »Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels« gewidmet.⁶>

H: Professor Schieder, was bezweckt in der Post-DDR-Epoche Ihr 1991 bei Piper in München und Zürich herausgekommenes Buch »Karl Marx als Politiker«?

Sch: »Jetzt hat Marx seine politische Leitfunktion für die Gegenwart verloren. Er fällt mit seiner Biographie dorthin zurück, wo er hingehört: in die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Es ist damit endlich

4 Siehe die Darstellung in dem in Fußnote 2 angegebenen Brief.

5 Wolfgang Schieder: Karl Marx als Politiker. München, Zürich 1991.

6 Siehe Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Helmut Hirsch. Assen 1970 (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. N.F. Bd. 1).

möglich, ihn ganz aus den Bedingungen seiner Zeit zu verstehen.« (S.10).

H: Heißt das, daß Sie Politiker, die sich von Marxens Gedanken und Taten leiten ließen oder annahmen, das zu tun, ganz außer acht lassen?

Sch: Nein. Festzuhalten bleibt: »Marx bewies als Politiker gegenüber den sich organisierenden Arbeitern doch sehr viel mehr politische Sensibilität als Generationen von ›marxistischen‹ Intellektuellen nach ihm, Lenin vor allem eingeschlossen« (S.152).

H: Noch ein paar Namen von eifrig oder störrisch hinter ihrem Leithammel Hertrottenden bzw. Seitenwege Einschlagenden?

Sch: Ja. »Aufgrund seiner allen anderen überlegenen wissenschaftlichen Erkenntnis glaubte er <Marx> politisch unfehlbar zu sein [...] Bezeichnend ist auch, daß er ideologische Konkurrenz von sozialistischen Intellektuellen nicht vertragen konnte, am wenigsten von solchen, die er ursprünglich einmal als seine geistigen Schüler angesehen hatte. Ferdinand Lassalle oder auch Michael Bakunin verfolgte er aus diesem Grunde mit weit größerer Erbitterung, als dies sachlich eigentlich geboten gewesen wäre.« (Ebenda.)

H: Bleiben wir bei Lassalle. Ab wann war Marx zu politisch fehlerhafter Unterschätzung des Rivalen verleitet? Es war bestimmt nach der Revolution von 1848/49, in der die beiden nach Möglichkeit zusammenarbeiteten, worauf Sie allerdings nicht näher eingehen.

Sch: Richtig. Marx setzte »wohl als einziger unter den von den Gegnern der Revolution Verfolgten [...] weiterhin konsequent auf das öffentliche Wort«. Ehemalige Kommunistenbundmitglieder, wie auch Lassalle, »wurden von ihm ganz offensichtlich nur deshalb [...] angeschrieben, weil er sich von ihnen eine Verbreitung der ›Revue‹ <d.h. der Politisch-Ökonomischen Revue als Fortführung der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Zeitschriftenform> erhoffte« (S.56).

H: Unternahm Marx im Schatten des Scheiterns der Revolutionäre wirklich nichts, als die insgesamt sechs Nummern der »Revue« zu füllen?

Sch: »Wenn auch nur ungerne, fand Marx sich allerdings schon seit Ende November 1849 dazu bereit, im kleinen Kreise und im deutschen

Arbeiterbildungsverein Vorträge über politische Ökonomie <d.h. Wirtschafts- und Sozialwissenschaft> zu halten. Er entwickelte dabei ein ›merkwürdiges‹ Talent der Popularisierung.« (Ebenda.)

H: Merkwürdiges Talent? Sie meinen bemerkenswertes. Zu Goethes Zeiten konnte man merkwürdig im Sinne von bemerkenswert gebrauchen.

Sch: O.K. Außerdem hatte Marx »mit Lassalle einen intensiven Briefwechsel über philosophische und staatstheoretische Fragen [...], wobei er ihn ganz selbstverständlich als seinen Schüler ansehen konnte« (S.71).

H: Wie fing endlich der Krach an?

Sch: Nicht urplötzlich. »Nach dem Zusammenbruch des Kommunistenbundes in Deutschland« war Lassalle für Marx »an sich als einziger wirklicher Vertrauensmann übriggeblieben«. Außerdem gab es »spätestens seit 1854 [...] in Deutschland keine überregional organisierte Arbeiterbewegung mehr. Und wo sich auf lokaler oder auch regionaler Ebene vereinzelt Arbeiterorganisationen halten konnten, hatten sie keine Verbindungen zu dem einsamen Revolutionär in London. Eine Ausnahme waren allenfalls die sozialistischen Arbeiter, die sich im Verborgenen um Ferdinand Lassalle in Düsseldorf gebildet hatten. Sie stellten über Gustav Levy«⁷.

H: Entschuldigung. Er hieß nicht wie die Firma Levy & Straus – diese US-Kapitalisten verzichteten bekanntlich jüngst auf das Geschäft, Millionen chinesischer Gesäße mit Hosen zu bekleiden, weil diese in chinesischen Gefängnissen oder von Kindern genäht werden sollten – sondern Gustav Lewy.

Sch: Pardon. Lewy reiste »1853 und 1856 jeweils einmal nach London und stellte eine persönliche Verbindung zu Marx her« (S.71).

H: Das geschäftstüchtige ehemalige Kommunistenbundmitglied Lewy »verlangte von Lassalle, um Hatzfeldt-Prozeß-Spion zu werden, 2000 Taler für eine Geschäftseröffnung und denunzierte ihn im Namen der

7 Wolfgang Schieder: Karl Marx als Politiker. München 1991. S. 71.

Düsseldorfer Arbeiter bei Marx, als Lassalle ihm höchstens 500 be-willigen wollte.«⁸

Sch: Eine Woche lang ließ er gegen Lassalle Denunziationen los, »so lügenhaft sie sein mochten« (S.71).

H: Wie reagierte Marx auf den geldorientierten Arbeiterführer, der es zum ADAV-Kassierer brachte?

Sch: Marx war »mißtrauisch [...] gegen ›Arbeiterklatsch‹«(ebenda).Doch es ging bei Lassalle um einen eigne Wege beabsichtigenden Jünger. Marx »brach [...] den Briefwechsel mit Lassalle abrupt ab. Versuche Lassalles, den brieflichen Kontakt wiederaufzunehmen, ließ er über ein Jahr lang unbeantwortet. Erst Ende 1857 kam die Korrespondenz wieder in Gang. Marx' Argwohn blieb jedoch bestehen, auch wenn er diesen vor Lassalle sorgfältig verborgen hielt.« (S.71.)

H: Heizten neue Vorkommnisse das Mißtrauen an?

Sch: »Schon im Frühjahr 1859 kam es allerdings neuerlich zu einer offenen Verstimmung, weil Marx Lassalles positive Einschätzung der italienischen Politik Napoleons III. ablehnte und von ihm <Lassalle> eine Unterwerfung unter seine <Marxens> politischen Richtlinien erwartete.« (S.71-72.)

H: Der Artikel »Lassalle, Ferdinand« des anonymen Tovaritsch in der »Bolšaia Sovetskaya enciklopedija«, Bd.24 (1953), S.309-310, insinuiert, daß Lassalles »Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens« eine Linie verteidige, »die der offiziellen Politik der russischen Regierung sehr nahe war«⁹. Gab es noch schwerwiegendere Meinungsverschiedenheiten zwischen den alten Weggenossen?

Sch: »Zu seinen <Marxens> politischen Vorbehalten kam eine wachsende persönliche Abneigung, nachdem er im Frühjahr 1861 in Berlin und im Herbst 1862 in London bei zwei Begegnungen den extravaganten, sich so wenig mit seiner eigenen familiären Misere vertragenden

8 Hans Peter Bleuel: Ferdinand Lassalle oder der Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit. München 1979. S. 186.

9 Abdruck des Enzyklopädie-Artikels in: Ferdinand Lassalle. Eine Auswahl für unsere Zeit. Hrsg. und eingeleitet von Helmut Hirsch. Bremen 1963. S. 423f. (Sammlung Dieterich). – Siehe den aus Friedericis Lassalle-Bild mitgeteilten Text. S. 426f.

Lebensstil des Jüngeren kennengelernt hatte. Brück schlug er daher bei dem Londoner Treffen Lassalles Angebot aus, sich mit ihm an die Spitze einer künftigen Arbeiterbewegung zu stellen. In seiner Erregung über den ›jüdischen Nigger Lasalle‹ (sic !) verkannte er völlig dessen agitatorisches Talent« (S.72.)

H: Marx warf doch das absurde Schimpfwort dem Lassalle nicht an den Kopf!

Sch: Nein. Nur sein Intimus Friedrich Engels bekam es zu hören, der am 5. März 1856 an Marx über den »›schmierigen Breslauer Jud«‹(S.71) geschrieben hatte.

H: Am 14. April schmähte Engels in einem Brief an Marx den »krause[n] Juddekopp [...], wo bei jeder Bewegung der polnische Schmuhl durchkuckt«¹⁰.

Sch: Als Lassalle Marx »sein ›Offenes Antwortschreiben‹ schickte, mokierte <d>er sich über den ›künftigen Arbeiterdiktator‹; alle theoretischen Äußerungen Lassalles bewertete er ohnehin als Plagiate oder als schlechte Vulgarisation des ›Manifests«‹ (S.72).

H: Eine vernichtende Kritik aus dem Mund eines Emanzipators der Arbeiterklasse!

Sch: Allerdings. Was tat Marx, als Lassalle Marxens »Vorstellung von selbständiger proletarischer Organisationstätigkeit« zur Realität verhalf, »die nicht künstlich geweckt, wohl aber durch die revolutionäre Intelligenz gefördert und intensiviert werden könne«? (S.152). Nichts. »So konnte es dazu kommen, daß der sensationelle Erfolg, den Lassalle 1863 mit der Gründung seines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) hatte, ohne jede Beteiligung von Marx zustande kam. Auch wenn es erstaunlich war: Der eigentliche, entscheidende Wiederaufschwung der deutschen Arbeiterbewegung fand ohne Mitwirkung von Marx statt.«(S.72.)

10 Zitiert von Shlomo Na´aman: Lassalle. Hannover 1970. S. 214 (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig. Hrsg. von Georg Eckert).

IV

Mein Interview ist, wie man vermutet haben wird, fiktiv. Schieders Antworten auf meine Fragen sind seinem Buch entnommen. Ich werde es in der nächsten Ausgabe der vom Sorbonne-Forschungsprofessor Maximilien Rubel herausgegebenen »Études de Marxologie« rezensieren und dabei zwei amerikanische und eine ganz neue französische Studie über Marx als Politiker heranziehen.¹¹ Der mir seit Mitte der 30er Jahre befreundete »Marxologe« Rubel begann schon 1950 einer kurzsichtigen Welt zu zeigen, daß der Osten für das Licht aus dem Westen, Marxens nicht zu unterschätzende Theorie und politische Praxis, nahezu blind war.

11 Alan Gilbert: Marx's Politics. Communists and Citizens. New Brunswick N.J. 1981. – Die Arbeit hat das Verdienst, Lassalles »Franz von Sickingen« – in der Spielzeit 1968/1969, 110 Jahre nach der Entstehung des Theaterstücks am Oldenburgischen Staatstheater uraufgeführt und im Programmheft von Thilo Ramm treffend als »ein politisches Lehrstück vom revolutionären Handeln« eingestuft (S. 3) – im Licht der Marx-Engelsschen Auffassung von der Führerrolle der städtischen Bevölkerung zu erwähnen (siehe Index). – David Felix: Marx as Politician. Carbondale and Edwardsville 1983. – Er führt zwei Vorarbeiten von Schieder auf und ist von Rubels Interpretation inspiriert, daß Marxens ganzes Dasein ein im wesentlichen revolutionär politisches gewesen ist. – Maurice Barbier: La pensée politique de Karl Marx. Paris 1992. – Er ist einer der wenigen Autoren, die Rubels und Hirschs einschlägige Studien angemessen berücksichtigen. Leider kam ich nicht zu einer Rezension.

***Zur Position des ADAV im Geschichtsbild*
Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für
das Programm der zu vereinigenden Partei***

von Wolfgang Schröder

Es sind vor allem drei Angelpunkte, in denen sich die Bewertung des historischen Platzes des ADAV verfangen hat: *Erstens* ist dies der historische Platz der Entstehungsgeschichte des ADAV. Er wurde in einem Teil der sogenannten marxistischen Literatur an Maßstäben festgemacht, die die reale Situation der damaligen Arbeiterbewegung insgesamt weitgehend ignorierte. Man kann zu Lassalle und seinem

* Beitrag zu einer Debatte im Klub mit Hans Jürgen Friederici und Helmut Hirsch im Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig am 22. Mai 1993.

In der Geschichtsliteratur der DDR war der ADAV eine Art »heißes Eisen«, das, wenn überhaupt, mit Asbesthandschuhen angefaßt wurde, also eine engere Berührung oder gar echte Forschung so gut wie ausschloß – mit einer sehr bemerkenswerten Ausnahme: In den letzten Jahren sind unter der Betreuung von Prof. Dr. Hans Jürgen Friederici als Doktorvater mehrere sehr wertvolle Dissertationen erarbeitet worden, die auf echten Forschungen basieren und beachtenswerte Resultate erbracht haben: Peter Pohlenz: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1863-1867). Phil. Diss. A. Karl-Marx-Universität Leipzig 1986; Christine Lasch: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1868 bis 1970). Phil. Diss. A. Karl-Marx-Universität Leipzig 1990. Die Formulierung der Thematik reflektiert sowohl Forschungsanliegen als auch »Verklemmung« – die Themenstellung zur SDAP-Problematik folgt einem anderen Tenor. Glücklicherweise ist die sehr anregende Folgedissertation eines externen Promoventen (siehe Otto Warnecke: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1871-1873). Phil. Diss. A. Universität Leipzig 1991) nicht der »Wende« zum Opfer gefallen, wie dies einem gemeinsam mit Peter Pohlenz von mir verfaßten Artikel »Der ADAV im Vorfeld des ›Staatsstreiches‹ Schweitzers. Zwei unveröffentlichte Dokumente der Vereinigungsvereinbarungen zwischen ADAV und LADAV vom Juni 1869« erging, der bereits im Umbruch vorlag und im »Jahrbuch für Geschichte« (Bd. 40. Berlin 1990. S. 75-109) erscheinen sollte.

ADAV stehen, wie man will, darf aber nicht übersehen, daß der ADAV 1863 – ein Jahr vor Gründung der I. Internationale – im internationalen Maßstab faktisch die einzige politische und sozialistisch orientierte Arbeiterpartei war, die es in der »zivilisierten Welt« gab, also ein Experiment, zu dem es natürlich Alternativen gab, aber auch ein Experiment, das gut ein Jahrzehnt Bestand hatte und das Marx – überdies – animierte, sich energisch für die Entstehung und Profilierung der I. Internationale zu engagieren.¹

Vom Forschungsansatz her geht es m.E. vor allem darum, die Gründung des ADAV mit der realen zeitgenössischen Situation der Arbeiterbewegung und der Position der Arbeitermassen, die fern jedweder Arbeiterbewegung standen, in Bezug zu setzen. Die Gründung einer politischen, überdies gar noch sozialistisch orientierten Arbeiterpartei war ein Durchbruch in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland. Der unerhört kühne Versuch dieses Durchbruchs, der entgegen der Warnung von Marx – »Die Wellen schlagen nicht hoch genug, um unser Schiff zu tragen« – gewagt wurde, war ein Wagnis und zwar nicht nur hinsichtlich der Erfolgchancen, sondern auch in punkto des Organisationsmodus. War es

1 Der Kontinuitätsnachweis des Neuansatzes der Arbeiterbewegung in den 60er Jahren – also insbesondere die Wirkungen der Traditionen von 1848/49 und der Rolle von Marx und Engels – gehört zu den Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft. Sie hat indessen eine Kehrseite insofern, als diese tatsächliche und forschungsmäßig belegte Kontinuität teilweise derartig überhöht wurde, daß die Schwierigkeiten, Leistungen und Neuansätze des Neubeginns Anfang der 60er Jahre faktisch nivelliert wurden. Die Reaktionsperiode nach 1849 gab es, folgt man den Veröffentlichungen, aber sie gab es scheinbar auch wieder nicht, man brauchte ja »nur« an 1848/49 »anzuküpfen«. So einfach war es indessen nicht, wovon mich eine Fallstudie überzeugte, die die Schwierigkeiten selbst des motorischen und – als »Agent von Marx« – hochmotivierten, selbstlos sich einschaltenden Wilhelm Liebknecht, der diese Kontinuität in persona verkörperte, belegte, einen Resonanzboden zu finden. Jahre waren dazu nötig! – Siehe Wolfgang Schröder: Ernestine. Vom ungewöhnlichen Leben der ersten Frau von Wilhelm Liebknecht. 2. Aufl. Leipzig 1989. Die literarische Überhöhung der auf mehreren Ebenen tatsächlich vorhandenen »Kontinuität« resultierte aus der vordergründigen Absicht, die Schwierigkeiten und die in mehrfacher Hinsicht neue Qualität des Neuanfangs in den 60er Jahren und damit vor allem die Rolle Lassalles und die Bedeutung der Gründung des ADAV zu nivellieren. Es gab, freilich im anderen Lager, auch die umgekehrte Tendenz, die nicht minder mit der tatsächlichen Entwicklung kollidierte und ebenso politisch oder ideologisch motiviert war.

doch eine völlig offene Frage, welche Form der – von den progressivsten Kräften als notwendig anerkannten – Organisation der Arbeiter die effektivste sein mochte, um die »Kraft der Massen« wirksam werden zu lassen. Nur als Stichwort sei angefügt, daß es in der Realität unterschiedliche Organisationsansätze gab, vom Geheimbund über den Bund der Kommunisten, lokale, berufsbestimmte Unterstützungskassen, gewerkschaftliche Vereinigungen (wie die englische Metallarbeiter-Gewerkschaft, die Schule machte) – bis hin zum ADAV, der eine neue Variante auf der Suche nach der wirkungsvollsten Zusammenfassung der Arbeiter anging. Und diese letzte Variante machte Schule und wurde, wenn man so will, epochemachend, auch wenn sie – wiederum produktiv anregend – nicht unumstritten war und Alternativversuche provozierte. Die Gründung des ADAV war also nicht nur eine kühne Tat, sondern auch eine schöpferische Leistung, die von »unten auf« und »von oben her« Gestalt annahm. Und, was nicht vergessen werden darf, im Gegensatz zu den hochfliegenden Erwartungen Lassalles nur eine winzige Minderheit erfaßte. Der von Lassalle intensiv vorbereitete »Sturm auf Berlin« erbrachte einen eklatanten Mißerfolg, in der Hauptstadt Preußens blieb der ADAV zu Lassalles Lebzeiten ein klitzekleines Grüppchen, dessen Akteure sich auch noch untereinander befehdeten. Dazu gab es gewiß Gründe – aber nicht allein diese inneren Differenzen können der Maßstab sein, vielmehr gilt es, das Verhältnis »nach außen«, das unerreichte Reservoir der (schwer mobilisierbaren) Arbeitermassen ebenso in Rechnung zu stellen, für deren Interessen sich der winzig kleine Vorposten zu engagieren suchte. Und die vielbeschworene »Opposition gegen Lassalle« – war sie tatsächlich generell, wie vielfach suggeriert oder gar behauptet wird, eine von marxistischen Intentionen getragene Alternative oder nicht oftmals Ausfluß von lokalistischen Begrenzungen oder gar nichtsozialistischen Beschränkungen?

Zweitens ist das Jahr 1869 und seine Vorgeschichte ein kritischer Punkt im Geschichtsverständnis. In der offiziellen oder offiziösen DDR-Literatur erscheint der ADAV gleichsam als Ausgeburt des Opportunismus schlechthin, während die Bebel-Liebknichtsche Richtung die Revolution par excellence repräsentierte. Ich fühle mich, und zwar nicht

nur forschungsmäßig, sondern auch emotional, nun gerade der Bebel-Liebknachtschen Richtung verpflichtet, aber da offenbart sich, der seinerzeitigen offiziellen Lesart entgegengesetzt, ein Problem, allein wenn man die Titel der Zeitungen »Sozialdemokrat« und »Demokratisches Wochenblatt« gegenüberstellt: Die »Bebel-Liebknachtsche Richtung« erstand aus einer breiteren demokratischen Tradition, die sie schrittweise in sozialistische Orientierung umzusetzen verstand, während die ADAV-Richtung eo ipso eine sozialistische Orientierung verkörperte, wenn auch in einer gewissen, durch den Lassallekult personifizierten dogmatisierenden Weise. Es gibt natürlich Ansatzpunkte, um eine »opportunistische« Positionierung am ADAV festzumachen, und das ist vor allem das Verhältnis zum (preußischen) Staat. Dahinter steht allerdings auch eine praktische Frage: Sollte der außerordentlich schwierige Neuanfang der – sozialistischen! – Arbeiterbewegung nach anderthalb Jahrzehnten »Scheintod« legal oder illegal gewagt werden? Illegal – das hieß Sektierertum, aber vielleicht anspruchsvolles (längst nicht ausgearbeitetes) Programm; wie gut oder schlecht auch das »reine« Programm ausfallen mochte, es mußte sich in der Praxis als Wirkungslosigkeit buchstabieren. Legal – das bedeutete Beschränkung auf einige wenige Stichworte mit der Chance, die Basis für eine (künftige) Massenbewegung zu schaffen. Heute sehen wir diese Problematik anders als vor etwa fünf Jahren. Die Legalitätsproblematik hat eine ganz andere Gewichtung erhalten, und darin eingeschlossen ist die Frage nach der Chance einer Resonanz sozialistischer Ideen in der Bevölkerung. Dieses »Was wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen«, das einstens als verabscheuungswürdiges Indiz fürs lassalleanische Sektierertum, die Massenverachtung usw. in die Arena geworfen wurde, dürfte manchem strenggläubigen Funktionär von der unteren Ebene aufwärts, sofern er sich den sozialistischen Idealen noch verpflichtet weiß, in anderer Sicht als ehemals erscheinen. Der vielgescholtene legale Ansatz war nicht eine originäre Leistung Lassalles – erinnert sei nur an die Arbeiterverbrüderung, und nebenbei bemerkt: Marx folgte diesem Credo in analoger Weise, indem er in der ersten Phase der I. Internationale mit größter Sensibilität die gewiß nicht identischen Positionen der verschiedenen

Gruppierungen berücksichtigte, namentlich die der zugänglichen Trades Unions als eigentlicher Basis der I. Internationale, war aber eine spezifische Leistung, die eine (von der Obrigkeit stets bedrohte) Existenz- und vor allem (potentielle) Wirkungschance des ADAV ermöglichte. Man kann darüber streiten, ob die beiden Hauptschlagworte Lassalles das Credo einer sozialistischen Arbeiterbewegung erfaßten, sachlich animierten sie zumindest mit der Wahlrechtslosung prononcierte politische Orientierung (die den diversen Unterstützungskassen fehlte) und mit der Genossenschaftslosung eine der seinerzeit verbreitetsten Produktionsart, nämlich der kleinen Warenproduktion, entsprechende Alternative zur privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Beide Parolen waren ebenso ein Experiment wie es die Gründung und Organisationsstruktur des ADAV selbst war – und beides, der ADAV wie seine Hauptparolen, war unvergleichlich mehr, als in der seinerzeit nur äußerst schwach pulsierenden Arbeiterbewegung im Schwange war. Das belegen allein die Themenbereiche, mit der sich die zunächst verhinderten, aber nur sechs Wochen nach der Gründung des ADAV schnell etablierten »Vereinstage« der deutschen Arbeitervereine befaßten. Wenn wir einfach feststellen, daß die Hauptlosungen »allgemeines Wahlrecht« und »Genossenschaften« weit über das hinausgingen, was damals die Gesellschaft in Basis und Überbau charakterisierte, also (künftige) soziale und politische Sprengkraft besaßen, zugleich aber gerade noch legal waren, so hieß diese angestrebte – aber stets aufs äußerste gefährdete – Legalität: Legale Formierung einer alternativen Bewegung im Staate Preußen, denn dort hatte der ADAV hauptsächlich – allerdings meist nur embryonale – Stützpunkte finden können. In der auf Erfolg ausgerichteten Strategie Lassalles, der »das Gras wachsen hörte«, war mit einbegriffen, daß eine Gruppe innerhalb der herrschenden Klassen, die zwar Machtpositionen in Preußen besaß, aber noch längst nicht endgültig das Szepter in der Hand hatte, sich anschickte, Bewegung in die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu bringen, wie die von existentieller Not getriebene Weberdeputation aus dem Schlesischen signalisierte, die von Wilhelm I. empfangen und mit dem Versprechen einer staatlichen Förderung genossenschaftlicher Produktion heimkehrte und sich wenig später in

Bismarcks Wahlrechtsreform-Aktion dokumentierte. Zugleich ist eine zentrale Frage neu gestellt, nämlich die nach Wurzeln sozialistischen Denkens und sozialistischer Ansätze. Und zu den allerbedeutendsten unter ihnen gehört ganz zweifellos der ADAV mit seiner, auch die »Bebel-Liebknechtsche Richtung« in entscheidendem Maße prägenden Folgewirkung.

Eine entscheidende Frage aber ist *drittens*, wohin führte jene Entwicklung, die mit der Gründung des ADAV begann. Ich überspringe hier die Problematik, daß der ADAV, wie er ging und stand, nicht eine »Stunde Null« repräsentierte, sondern Traditionen aufnahm und sie wieder lebendig machte – auch ein Verdienst, das ihm zukommt. Das Jahr 1875 ist seit gut einem Jahrhundert ein Hauptstreitpunkt, in dem die unterschiedlichsten taktischen und strategischen Konzeptionen der Arbeiterbewegung festgemacht wurden. Hier sind, mit geradezu axiomatischem Anspruch und großer »theoretischer« Breitenwirkung »Prinzipien« für eine »Vereinigung« zweier Arbeiterparteien in erster Linie mit einer voluntaristischen Interpretation von Marx' Programmkritik postuliert worden, die weitestgehend von der tatsächlichen Geschichte des damaligen Vereinigungsprozesses abstrahierte, der lediglich auf eine Beispielfunktion reduziert wurde. Unter Berufung auf einige Engels-Zitate spielte nicht einmal das quantitative Verhältnis eine Rolle: Der ADAV stellte zwei Drittel, die »Eisenacher« Partei ein Drittel der organisierten Parteimitglieder, wobei für den ADAV selbst der von Lenin gebrauchte Begriff »Partei« verpönt war.²

2 Ein aufschlußreiches Beispiel für die voluntaristische »Mischung« tatsächlicher Ereignisse ist die Darstellung der Solidaritätsbewegung für die Pariser Kommune. Als die Nachricht von der Revolution in Paris vom 18. März 1871 – noch während des deutsch-französischen Krieges – nach Deutschland gelangte, saßen Bebel und Liebknecht im Gefängnis. Beide standen als Exponenten der SDAP eo ipso – auch namens der Partei – für das solidarische Bekenntnis zur Pariser Kommune. Die durch den Krieg dezimierten SDAP-Mitgliedschaften bekräftigten diese Solidarisierung vor allem Ende April/Anfang Mai 1871, ganz besonders in flammenden Protesten gegen die »blutige Maiwoche«, der Abschachtung von etwa 30.000 Kommunarden. Das ADAV-Präsidium rief auf die ersten Informationen hin sofort alle Mitgliedschaften in Deutschland auf, am 26. März in allen Orten Solidaritätskundgebungen durchzuführen und

In bezug auf diese Begriffspostulate habe ich mich gefügt und Zuflucht zu Umschreibungen der ADAV-Partei als »erste sozialistisch orientierte politische Arbeiterorganisation« genommen, was im Prinzip dasselbe sagt. Aber ich wollte nicht auf den Versuch verzichten, darüber nachzudenken, wie es denn kam, daß zwei ungleichgewichtige politische Parteien sich anno 1875 vereinigten und diese zugegebenermaßen hochproblematische Vereinigung – es war dies beispiellos in der internationalen Arbeiterbewegung – selbst in der Existenzkrise hielt, die nur drei Jahre später die Belastungsprobe des Sozialistengesetzes heraufbeschwor. Es mußten also damals reale Faktoren vorhanden gewesen sein, die eine stabile Basis für die dauernde Vereinigung darstellten. Zu beachten ist die Gesamtsituation der internationalen Arbeiterbewegung. Die I. Internationale war, wie Liebknecht selbstbewußt Marx' geharnischter Kritik am Gothaer Programmwurf entgegenhielt, sang- und klanglos untergegangen. Wo in der Welt, in Europa, Amerika, Afrika, Australien oder wo auch immer, gab es eine politische Arbeiterpartei? In Frankreich herrschte der »weiße Terror«, in England war die Wahlrechtsbewegung den taktischen Kniffen der herrschenden Klassen und ihren Zugeständnissen erlegen, der »alte Tradeunionismus« begann zu dominieren, in den USA erfolgte 1876 ein auf einen Teil der deutschen Emigranten beschränkter Neuanfang. Faktisch waren sowohl der ADAV als auch die SDAP im Weltmaßstab die einzigen politischen Arbeiterparteien, die existierten – und in höchster Bedrängnis waren. Die »Ära Tessendorf« drängte die legalen Arbeiterorganisationen, ob es sich um Gewerkschaften, Arbeiterinnenorganisationen (der erste Ansatzpunkt), die SDAP oder den ADAV handelte, durch serienweise Verbote zumindest an den Rand der Illegalität. Entsprechend groß war die Verantwortung der Entscheidungsträger, die

empfahl eine Resolution, die »mit Freuden« die »soziale Revolution« als »Erhebung der gesunden Elemente des arbeitenden Volkes gegen die verderbte Bourgeoisie« begrüßte. Die Mitgliedschaften entsprachen der Aufforderung und zwar ehe die SDAP-Gruppen sich äußerten. Natürlich war – in Verkehierung der Tatsachen – die SDAP der Vorreiter, und die ADAV-Führung folgte ihr gezwungenermaßen, wenn man den offiziellen Darstellungen glauben würde, denn – wie auch mir aus der Feder floß – die »erste proletarische Revolution, die die Grundprinzipien des Marxismus bestätigte, stellte zugleich Mittel und Wege in Frage, die der Lassalleanismus zur Erreichung des sozialistischen Ziels pries«.

in dieser Situation – nochmals: im Weltmaßstab die einzigen, allerdings sich befehdenden Arbeiterparteien, im nationalen Maßstab vom Verbotsedikt belegt – die Lösung zu finden hatten. Die Lösung hieß: Vereinigung. Wir verstehen es heute besser als die Chefideologen vor einem Jahrzehnt oder ein paar Jahre vorher oder nachher: Es ging um die Existenz. Um die Existenz nicht nur der SDAP oder des ADAV, sondern prinzipiell um die Existenz einer sozialistischen Basis in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, sondern in Europa. Fiel die sozialistische Bastion in Deutschland, dann war die sozialistische Idee natürlich nicht tot – wie oft ist sie bis heute und mit welchen Mitteln und dennoch vergeblich »zu Grabe getragen« worden! –, aber der unweigerliche Neuansatz in ganz Europa viel schwieriger. Es ist dies eine aktuelle Problematik. Die deutsche Bewegung war der Kontinuitätsträger – und sie nahm diese Verantwortung mit der Vereinigung von 1875 wahr, und zwar außerordentlich erfolgreich. Sie widerlegte damit auch die sicherlich nicht unbegründete Skepsis von Marx und Engels. Ich mußte, vor nunmehr gut einem Jahrzehnt, diese Problematik aufgreifen, denn ich hatte eine Entdeckung gemacht, die ein wirklicher Fund war. Es handelt sich um den ersten, auf Ende Januar 1875 zu datierenden Entwurf des späteren Gothaer Programmentwurfs (vom März 1875), also um den von beiden Seiten vereinbarten Text eines Programmes, der dem von Marx und Engels kritisierten vorausging. Dieser allererste Entwurf von Ende Januar 1875 war so unbekannt, daß absolut niemand, auch kein einziger der Spezialisten, von seiner Existenz wußte. Als man in Moskau davon hörte, lud man mich sofort zu einem Vortrag ein, zu dem die namhaftesten Marx-Engels-Forscher kamen. Das war ein bemerkenswerter Unterschied zu Berlin, wo auch meinem Angebot nicht entsprochen wurde, daß ich es als Akademie-Mitarbeiter für meine Pflicht ansah, nämlich diesen Fund im Marx-Engels-Jahrbuch zu veröffentlichen. Unbeachtet blieb die Entdeckung nicht, im einschlägigen MEGA-Band wurde dieses Dokument gebracht, allerdings – verbunden mit einem privaten Entschuldigungsbrief des Bearbeiters – ohne Angabe der Erstveröffentlichung. Denn auch diese Publikation war, selbst zu einer (wie weltfremd mag es heute erscheinen!) solch sensiblen Thematik, in der DDR möglich: Wenn sich die Redaktion des Marx-Engels-Jahrbuches

zierte, die Erstveröffentlichung eines in diesem Fall wichtigen Dokuments unter ihre Fittiche zu nehmen, dann gab es halt – leider nicht immer – auch andere Varianten.³

Ich will die Einzelheiten nicht rekapitulieren, nur so viel: Bebel und Hasenclever waren zu jener Zeit im Gefängnis. Entscheidend waren demnach Hasselmann seitens des ADAV, August Geib und Wilhelm Liebknecht von der SDAP. Alle drei waren zu zwei für das Dokument gravierenden Terminen an einem Ort. Um den 25. Januar 1875 in Hamburg, wie mehrere Versammlungen belegen – hier wurde, wie es aussieht, der Entwurf fertiggestellt –, und um den 6. Februar 1875 in Berlin. August Geib hatte, so pflichtbewußt, wie er sonst war, als Abgeordneter Reichstagsitzungen geradezu reihenweise geschwänzt, aber am 6. Februar 1875 war er, obwohl der Reichstag nicht tagte, in Berlin und hielt einen Vortrag über die »Arbeiterbewegung vor Lassalle«, also zur Kontinuitätsproblematik. Zu meiner Überraschung war auch Liebknecht zu diesem Zeitpunkt in Berlin – hier erreichte ihn ein Telegramm, das ihn zur Klärung von »Parteistreitigkeiten« nach dem Erzgebirgsvorland rief, wohin er auch fuhr. Es mußte ein ganz besonderer Grund sein, der in dem für die Hauptakteure ungeheuer strapaziösen Einigungsprozeß sowohl Geib als auch Liebknecht nach Berlin zu reisen zwang: Es konnte dies nur die »entscheidende Konferenz« sein, die um den 6. Februar 1875 in Vogels Lokal in der Kleinen Alexanderstraße tatsächlich stattgefunden haben muß, in der über den Programmentwurf die Entscheidung fiel. War es die Vorstandskonferenz des ADAV, die kurz vor der Gothaer Vorkonferenz stattfand? Es ist dies zumindest nicht auszuschließen, eher ist es wahrscheinlich. Dann hat hier die – teilweise auch vom Mißtrauen gegen Hasselmann verursachte – »Revolve« der Lokalfunktionäre, die Mitglieder des ADAV-Vorstandes waren, stattgefunden, die diesen beiderseitig vereinbarten Entwurf verwarf. Und so kam es, daß auf der Gothaer

3 Der »Berliner Entwurf« des Vereinigungsprogramms von 1875 und seine Stellung im Vereinigungsprozeß von SDAP und ADAV. Die erste Fixierung der Programm- und Organisationsvorstellungen für eine vereinigte Arbeiterpartei vom Januar 1875 (mit einem Dokumentenanhang) ist erschienen in dem vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR getragenen »Jahrbuch für Geschichte« (Bd. 21. Berlin 1980. S. 169-246).

Vorkonferenz Mitte Februar 1875 Liebknecht, nach Bernsteins Aussage, einen Programmentwurf aus der Tasche zog, der auf einen Konsens aus war, zur Basis der Diskussion genommen und nach der Konferenz fertiggestellt wurde und – zum Ärger von Marx und Engels, auch von Bebel und Bracke, die davon überrascht wurden – am 7. März gleichzeitig im »Neuen Sozialdemokrat« und im »Volksstaat« veröffentlicht wurde und die bekannten Programmkritiken von Marx und Engels veranlaßte. Ich muß es mir hier versagen, näher auf diesen allerersten Programmentwurf einzugehen. Wir haben keinen Anlaß, programmatische Fragen zu unterschätzen, wir wollen sie aber auch nicht überschätzen. Es steckte unseren »Theoretikern« ja wie ein Kloß im Halse, daß Marx sich erküht hatte, in seine Programmkritik die Bemerkung an exponierter Ausgangsstelle einzuflechten, daß »ein Schritt wirklicher Bewegung« wichtiger sei als ein Dutzend Programme. Und es war die wirkliche Bewegung, die über diesen allerersten Programmentwurf hinwegging, weil er, trotz der getroffenen Absprachen auf »hoher Ebene«, eben für beträchtliche Teile der Bewegung, die den Einigungsprozeß wirklich vollzog, in einigen für wesentlich angesehenen Punkten nicht konsensfähig war. Das kann man aus »ideologischer Sicht« verurteilen, aber es war nun mal Realität, daß die Sprecher von zwei Dritteln des zu vereinigenden Parteikörpers etwas anderes wollten, was als realer Faktor zu berücksichtigen war. Insofern reflektiert das Dokument eine Episode in einem weit darüber hinausgreifenden Geschichtsprozeß. Es ist aber mehr als das, denn es dokumentiert den Versuch beider Seiten, der verantwortlichen Funktionäre des ADAV wie der SDAP, eine gemeinsame Sprache, einen beiderseitig akzeptablen Konsens zu finden, im vorab die Basis zu bestimmen, auf der die stabile Vereinigung beider Arbeiterparteien vollzogen werden konnte. In diesem Prozeß waren Programmfragen ein sicherlich wichtiger Faktor, aber durchaus nicht der einzige und sehr wahrscheinlich auch nicht der als am wichtigsten angesehen. Der »Finanzausgleich« wurde zumindest als nicht minder wichtig angesehen, von den Personalfragen ganz zu schweigen.

Anhang:

[»Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei, ca. 25. Januar 1875]*

Nach stenographischer Aufnahme

Programm der deutschen Arbeiterpartei

Der gegenwärtige Gesellschaftszustand beruht auf der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Capital und hat über 4/5 der Menschheit in allen Culturstaaten zu großer Noth und Abhängigkeit verurtheilt. Die Classenherrschaft wird dadurch festgestellt. Das Staatswesen in den Culturstaaten ist immer ein Spiegelbild des jeweiligen Gesellschaftszustandes und trägt ebenfalls den Stempel der Unfreiheit und Ungleichheit gegenüber der Masse der Staatsangehörigen an sich.

Diese Ungleichheit und Unfreiheit muß im Interesse der großen Majorität der Menschheit beseitigt und ein demokratischer, auf keine Classenherrschaft gestützter Volksstaat errichtet werden.

Ein guter auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruhender Gesellschaftszustand kann aber nur dann entstehen, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört, dies wird allein möglich dadurch, daß alle Produktionsinstrumente Gemeingut der Gesammtheit werden. Die Produktion und der Ertrag derselben sind dann Eigenthum der Gesammtheit, wodurch jedem Einzelnen geboten ist, an der Vermehrung der Güter der Erde und an dem Genusse derselben gleichmäßig Theil zu nehmen – der socialistische Gesellschaftszustand ist dadurch erreicht.

Um zu unseren Endzielen, dem freien Volksstaat und der socialistischen Gesellschaft zu gelangen halten wir in erster Linie die strenge Classenbildung des Proletariats für nothwendig, denn die Arbeit kann lediglich nur durch die Arbeiter vom Joche des Capitals erlöst werden. – Die Arbeiterklasse muß durchaus selbständig vorgehen und darf sich mit keinen anderen Elementen verbinden. – Die »Deutsche Arbeiterpartei« ist deshalb verpflichtet, wahre Aufklärung unter die Massen zu bringen, indem die Erkenntnis der eigenen Lage den Arbeitern gebracht wird.

Unsere nächsten Forderungen und Bestrebungen sind aber:

1. Erringung des allgem[einen] gleichen und directen Wahlrechts für alle dispositionsfähigen Staatsbürger für *alle öffentlichen Wahlen* ohne irgendwelche Beschränkung, um dadurch für die Arbeiterklasse den Einfluß auf die Gesetzgebung zu erringen.

* Erstveröffentlichung in: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 21. Berlin 1980. S. 233ff.

2. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung der progressiven Einkommenssteuer.
3. vollkommen freie Volksschule.
4. völlige Preßfreiheit.
5. Freies Vereins- und Versammlungsrecht.
6. Centralisation des Verkehrswesens in den Händen des Staats.
7. Unentgeltlichkeit aller Rechtspflege.
8. Errichtung der Volkswehr.
9. Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit.
10. Abschaffung der Sonntagsarbeit.
11. einen gesetzlich festgelegten Normalarbeitstag.

Wir verlangen ferner die Errichtung von Productivgenossenschaften mit Staatshilfe, als Uebergangsstadium zur socialistischen Gesellschaft. Jeder Arbeiter erhält dann den Ertrag seiner Arbeit, während er jetzt nur einen geringen Theil von den Capitalisten erhält. Einen solchen Gesellschaftszustand erachten wir für nothwendig, damit die Menschheit zur socialistischen Gesellschaft heranreift, doch ist auch nicht zu übersehen, daß die Arbeiter in einer solchen gesellschaftlichen Uebergangsperiode schon eine achtenswerte menschenwürdige Stellung einnehmen.

Die »Deutsche Arbeiterpartei« will den Kampf zur Erringung der angeführten Ziele mit aller Energie und mit allen gesetzlichen Mitteln führen. Während dieses Kampfes ist das Proletariat *national*, da es ja die politische Herrschaft in einem nationalen Staate [an] sich bringen will, es muß sich zur nationalen Klasse erheben und sich selbst als Nation konstituieren.

Die Herrschaft des Proletariats in den civilisirten Ländern hebt aber immer mehr die Gegensätze zwischen den Nationen auf. Die Massenmorde verschwinden, und sie stellt nach und nach die internationale Verbrüderung aller Culturvölker her, die ihrerseits die kosmopolitische Verbindung aller Menschen vorbereitet.

Der Kampf der Arbeit mit dem Capital ist vorhanden, die Classen in der Gesellschaft befehlen sich – die Nationen bekämpfen sich in wilden Kriegen. – Mit dem Sieg der Arbeit, mit der Aufhebung aller Klassenherrschaft, mit der Verbrüderung der Nationen wird für die so lange gequälte Menschheit endlich der Friede erblühen.

*Anmerkungen zur Geschichte
des Lassalle-Nachlasses**

von Volker Külow

Nicht nur Lassalles Leben und Werk, auch seine schriftliche Hinterlassenschaft, die eine abenteuerliche Geschichte vorweisen kann, beschäftigt noch heute Historiker und Archivare. Sein Testament hatte Lassalle am 27. August 1864, einen Tag vor dem tödlichen Duellschuß im Gehölz von Carouge bei Genf, aufgesetzt. Seiner Vertrauten Gräfin Sophie von Hatzfeldt vermachte er »sämtliche Briefschaften und Papiere«, während sie die »gelehrten und schriftstellerischen Aufsätze und Notizen« an den Freund Lothar Bucher »ausliefern« sollte.¹

Persönliche Querelen und ungünstige Zeitverhältnisse ließen die Materialien in den Folgejahren langsam in Vergessenheit geraten bzw. führten dazu, daß in einigen Kreisen »die Kunde von den Papieren Lassalles im Laufe der Jahrzehnte eine fast sagenhafte Gestalt erhielt«, wie der neben Franz Mehring bedeutendste Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Gustav Mayer², treffend bemerkte. Nach dem Tod der Gräfin im Jahre 1881 gingen die Papiere in den Besitz ihres Sohnes Paul von Hatzfeldt und nach dessen Ableben in die Hände seines Sohnes, Fürst Hermann von Hatzfeldt, über. Nach Beendigung der sechsbändigen Edition der »Nachgelassenen Briefe und Schriften Ferdinand Lassalles«³

* Erweiterte Fassung eines in der »Leipziger Volkszeitung« vom 22./23. Mai 1993 veröffentlichten Artikels.

1 Gustav Mayer: Einleitung. In: Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Bd. 1. Stuttgart, Berlin 1921. S. 1.

2 Ebenda. S. 15.

3 Siehe Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer. Bd. 1-6. Stuttgart, Berlin 1921-1925.

durch Gustav Mayer und dem überraschenden Fund des verschollen geglaubten Briefwechsels zwischen Bismarck und Lassalle⁴ in einem altersschwachen Schrank des Preußischen Staatsministeriums gelangte der Nachlaß 1930 ins damalige Reichsarchiv Potsdam, wo er akribisch inventarisiert wurde. Mit der kriegsbedingten Verlagerung der Archivalien in stillgelegte Schächte der Salzbergwerke Schönebeck und Staßfurt begann 1942 die vorerst letzte und bis heute in Deutschland unbekannt gebliebene Etappe der langen Wanderschaft des Lassalleschen Nachlasses; noch 1989 mußte die Autorin einer sorgfältig recherchierten Hatzfeldt-Biographie konstatieren, daß »sein weiteres Schicksal bis zum heutigen Tag ungeklärt geblieben, das Material bis heute verschwunden«⁵ ist.

Fast zur gleichen Zeit erhielt der Verfasser dieser Zeilen, der sich zusammen mit dem Enkel des Fürsten Hatzfeldt, Hermann Graf Hatzfeldt, seit drei Jahren um die Rückführung des Nachlasses nach Deutschland bemüht, in Moskau von der Leitung des damaligen Parteiarchives der KPdSU erstmals die offizielle Bestätigung, daß der Nachlaß zusammen mit anderen bisher verschollen geglaubten Dokumenten in der russischen Hauptstadt aufbewahrt wird. Genauerem Aufschluß über Hintergründe und Verfahrensweisen beim Abtransport der Archivalien vermittelt ein Bericht des Oberst der Reserve Alexander Michailowitsch Stoljarow vom 15. Juni 1967.⁶ Demnach hat Stoljarow Mitte Oktober 1945 mit Hilfe der sowjetischen Stadtkommandanten von Schönebeck und Staßfurt die

4 Siehe Gustav Mayer: Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche. Berlin 1928.

5 Christiane Kling-Mathej: Gräfin Hatzfeldt. 1805 bis 1881. Eine Biographie. Bonn 1989. S. 16.

6 Siehe Aleksander Michailovič Stoljarov: Sobščeniija o rozyške i sbore literaturnogo nasledstva k Marksua i F. Engel'sa i drugich materialnov na territorii Germanii posle okončaniija Otečestvennoj vojny v period 1945-1946gg. In: Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der jüngeren Geschichte. Moskau. Sign. f. 1, op. 1, d. 3. – Stoljarow (Jahrgang 1907) hatte Ende August/Anfang September 1945 vom Mitglied des Kriegsrates der Sowjetischen Militäradministration Deutschland Generalleutnant F. E. Bokow den Befehl erhalten, nach dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels zu suchen. Nach einer Begegnung mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht entwarf er einen Plan, konsultierte Berliner Bibliotheken und recherchierte in Potsdam, Schönebeck, Staßfurt, Leipzig, Dresden, Halle, Düsseldorf, Engelskirchen, Köln und anderen Orten.

wertvollen Archivalien in 300 bis 500 Meter tief gelegenen Salzschächten der Grube »Berlepsch–Maibach« entdeckt. Er fand 2000 Blatt in 65 Mappen – alles in ziemlicher Unordnung. Nach erster Aufarbeitung fand eine Begegnung mit Max Fechner, einem der Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD, statt; »ein ernsthaftes Gespräch, das notwendig gewesen wäre«, so der Oberst, »erhielten wir jedoch nicht, lediglich einige Adressen von SPD-Mitgliedern«, die weiterhelfen könnten. Im Januar 1946 wurde der erste Teil der Dokumente nach Moskau verbracht.

Anläßlich eines Besuchs des Leiters des Russischen Archivkomitees, Rudolf Pichoja, vor über einem Jahr in Deutschland stand auch die Rückführung deutscher Dokumente aus Rußland im Mittelpunkt der Diskussion. Verhaltener Optimismus, daß der Lassalle-Nachlaß bald die Heimreise antritt, dürfte also nicht völlig unberechtigt sein.

*Lassalle im Leipziger Stadtparlament
– ein Trauerspiel in mehreren Akten*

von
Henrike Dietze

Am 31. März 1993 brachte die SPD-Fraktion unter der Überschrift »Aufstellung eines Kleindenkmals« einen Antrag zur ersten Lesung in die Stadtverordnetenversammlung ein. Auf seine wörtliche Wiedergabe kann nicht verzichtet werden, wenn das tragische Scheitern eines parteiübergreifend bekundeten Willens zur Würdigung der Gründung des ADAV und von Ferdinand Lassalle durch das Aufstellen eines Denkmals nachvollziehbar werden soll. In diesem Beitrag will ich nichts weiter tun, als dieses Scheitern aus meiner Sicht zu dokumentieren.

Der Text des Beschlußvorschlages des SPD-Antrages lautete: »Der Aufstellung eines Kleindenkmals (Pantheonstein) auf einer Fläche aus städtischem Besitz an der Dresdner Straße, Höhe Gerichtsweg-Gutenbergstraße (ehemals Kirchhoffstraße) wird zugestimmt.«

Begründet wurde der Antrag in drei Punkten: »1. An diesem Standort wurde von Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Dies hatte einen nachhaltigen Einfluß auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Angesichts dessen halten wir es für angemessen, diesen historischen Akt durch einen Pantheonstein zu würdigen.

2. Der Landesverband Sachsen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beabsichtigt, diesen Gedenkstein im Werte von ca. 35 TDM der Stadt Leipzig zum Geschenk zu machen, und bittet die Stadt, ihn in ihre Obhut zu nehmen.

3. Die Notwendigkeit der Zustimmung ergibt sich aus § 2 (2) Kommunalverfassung.«

Dieser Antrag wurde auf Vorschlag der SPD in die zuständigen Ausschüsse (den Grundstücksverkehrsausschuß, den Kulturausschuß und in den Ausschuß für Stadtentwicklung und Raumplanung) verwiesen.

Daß es zum 130. Gründungstag des ADAV, wie später allgemein und vor allem in den Medien beklagt wurde, nicht zur Aufstellung eines bereits fertigen Denkmals gekommen ist, muß sich die SPD ganz allein zuschreiben. Abgesehen davon, daß schon im Antrag der Aufstellungstermin nicht formuliert, der Termindruck also nicht erkennbar war, hätte dem Antrag spätestens in der Stadtverordnetenversammlung vom 23. April, allerspätestens jedoch – bei unstrittiger Zustimmung in allen Ausschüssen – auf der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Mai zugestimmt werden müssen. Genau in diese April-Versammlung hätte der Antrag aber erst eingebracht werden können, wenn da nicht im März eine zweite, nicht langfristig geplante Versammlung gewesen wäre, weil die Haushaltsdiskussion Sondersitzungen nötig machte. Trotz dieses unverdienten Zeitgewinns von 14 Tagen war die Beratungszeit auch für Gutwillige zu kurz. Viel zu kurz, wie einschlägige Erfahrungen belegten. Denn bereits nach den langwierigen Auseinandersetzungen um Standort und Gestalt des Mendelssohn-Denkmal, die von 1990 bis zum Zeitpunkt der endgültigen und unwiderruflichen Selbstbindung von Abgeordneten und Stadtverwaltung erst kurz vor seiner Aufstellung reichten, hätte die SPD wissen müssen, daß es die Leipziger mit Kunst im öffentlichen Raum sehr ernst meinen, daß man den Aufstellungsbeschluß für ein Denkmal nicht kraft seiner Regierungsmacht beliebig durchsetzen kann. An den langwierigen Diskussionen zum Mendelssohn-Denkmal hatte übrigens die SPD selbst ein gerüttelt Maß Anteil.

Doch zurück zum Gedenkstein für Lasalle und die Gründung des ADAV. Im Jahre 1992 war der Leipziger Künstler Stefan-Thomas Wagner vom SPD-Landesvorstand beauftragt worden, zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV und zu Ehren Lassalles ein Denkmal zu schaffen. So las man es jedenfalls unwidersprochen in »Leipzigs Neue« vom 28. Mai 1993. Das Vorhaben ist nicht am fehlenden politischen Willen der Abgeordneten und auch nicht am Unwillen der Verwaltung gescheitert, sondern an der Unfähigkeit der Leipziger SPD, sich dieser

Ehrung rechtzeitig und gewissenhaft anzunehmen. Das muß ich klar und nüchtern feststellen.

Selbst der herzerfrischend widerborstige, aber zuständige und alles Unmögliche möglich machende Leiter des Tiefbauamtes – und alle anderen zuständigen Ämtervertreter – hatten erklärt, daß sie die Kurzfristigkeit des Antrags zur Aufstellung eines konkreten Denkmals zwar überrasche, sie aber alles in ihren Kräften Stehende tun wollen, um die Aufstellung zu ermöglichen, wenn sie denn beschlossen würde.

Der Kulturausschuß tagte am 16. und am 30. April. An beiden Tagen stand der Antrag auf der Tagesordnung und wurde behandelt, während andere, für nicht so dringlich erachtete Anträge (wegen der im Gange befindlichen Haushaltsdiskussion) vertagt wurden. Auf der Sitzung vom 16. April erläuterte die zuständige Vertreterin des Kulturamtes, daß seit Anfang der 70er Jahre am Standort der ehemaligen Versammlungsstätte Leipziger Arbeiter, dem Pantheon, bereits ein Gedenkstein existierte (daher auch der Name: Pantheon-Stein). Dieser war von dem Leipziger Bildhauer Hans-Joachim Förster aus Sandstein gestaltet worden. Nach 20 Jahren sei der Sandstein derart verwittert gewesen, daß der Gedenkstein vom Denkmalamt verworfen werden mußte. Zu Beginn des Jahres 1992 habe das Denkmalamt dann die Empfehlung gegeben, einen neuen Gedenkstein zu schaffen. Diese Empfehlung sei von der SPD-Fraktion aufgegriffen worden.

Offensichtlich aber – so scheint mir – hatte die SPD das alles für sich behalten, denn den anderen Fraktionen jedenfalls waren weder die Verwerfung noch besagte Empfehlung bekannt. Da mache sich nun jeder seinen eigenen Reim drauf. Die Vorbereitungen liefen also ohne Öffentlichkeit, ohne Meinungsbildung, auch nicht mit begleitender Diskussion der Abgeordneten ab. Man glaubte wohl, die Zustimmung sei nur eine Frage der Regierungsmehrheit. Der ausdrückliche, bei derartigen Anträgen unübliche Verweis auf die Kommunalverfassung läßt dies vermuten.

Alle im Stadtparlament vertretenen Fraktionen – DSU, CDU, FDP, Bündnis 90/Grüne – und selbstverständlich auch die PDS – sprachen sich für die Ehrung Lassalles und für ein sichtbares Gedenken an die Gründung des ADAV durch ein Denkmal aus. Im Kulturausschuß aber, nach

Bekanntwerden des konkreten Termins und des Vorbereitungsstandes, fühlten sich fast alle Ausschußmitglieder, darunter selbst SPD-Mitglieder, überrumpelt und ungerechtfertigt unter Zeitdruck, vor allem aber vor vollendete Tatsachen gestellt. Nachhaltig bestanden die meisten darauf, wenigstens mal eine Zeichnung oder ein Modell zu Gesicht zu bekommen.

Von den Vertretern des Kulturamtes, auch vom Kulturdezernenten, Herrn Dr. Girardet, wurde in dieser Ausschußsitzung auf der Beurteilung des »Gedenksteins« durch den Beirat für »Kunst im öffentlichen Raum« bestanden. Ein SPD-Vertreter, Herr Dr. Liebold, beantragte daraufhin die Vertagung der Entscheidung auf die Ausschußsitzung vom 30. April.

Am 30. April begründete Herr Pötzsch (SPD) den Antrag noch einmal und entschuldigte sich für die Entscheidungszwänge, unter die die Abgeordneten durch seine Partei gestellt wurden. Wiederum waren es Vertreter fast aller Fraktionen, auch einer der SPD, die die Verfahrensweise kritisierten, mit der die SPD versuche, ein Denkmal (keinen Gedenkstein) an allen Gremien der Stadt vorbei im öffentlichen Raum zu plazieren.

Dem Kulturausschuß war – erst in der Sitzung selbst – nichts weiter als eine sehr schlechte Kopie eines kaum erkennbaren Modells vorgelegt worden, oder wovon auch immer das eine Ablichtung war. Für eine halbwegs seriöse Beurteilung viel zu wenig! Mit einigem guten Willen waren die Umrisse eines sehr eigenwilligen, 2,40 m hohen Denkmals erkennbar, das aus zwei durch ein Spruchband verbundenen Gestalten bestand. Erst später, auf einer deutlicheren Abbildung in der bereits genannten Ausgabe von »Leipzigs Neue«, konnte ich sehen, daß diese beiden Gestalten auf unverbundenen, aber aneinander gelehnten, ungleichen Sockelsteinen stehen, sich gleichsam nah sind und sich doch in unüberbrückbarem, nur durch Worte überbrücktem Abstand voneinander befinden. Das sie verbindende Spruchband weht aus ihren Mündern (oder wird von ihren Lippen festgehalten) und erinnert an Sprechblasen. Ein Stein (?) als dunkler, drohender Schatten im Hintergrund. Andere Interpretationen sind denkbar. Für mich macht die meine Sinn. Sollte sie ganz und gar irrig sein, haben vermutlich die recht, die wegen unzureichender Entscheidungsvoraussetzungen gegen die Aufstellung des Denkmals

stimmten und sie verhinderten. Was mag wohl auf dem Spruchband gestanden haben?

Unmittelbar vor der vermutlich letzten Ausschußsitzung in dieser Sache hatte sich auch der Beirat für Kunst im öffentlichen Raum am vorgesehenen Standort zu einer Besichtigung und Beratung getroffen. Ihm hatten nur maßstäbliche Zeichnungen vorgelegen (dem Ausschuß nicht einmal die), und er sah sich aufgrund des vorgelegten Materials nicht imstande, zustimmend zu votieren. Überdies soll er sogar die Befürchtung geäußert haben, daß dem Künstler durch die Vorgehensweise der SPD Schaden erwachse. Dies berichtete zumindest Frau Matthias, die über diese Beratung als offizielle Berichterstatterin des Kulturamtes informierte. Die Vorsitzende des Kulturausschusses, Frau Moritz, hatte abschließend noch kritisiert, daß dem Antrag selbst nicht zu entnehmen gewesen sei, daß es sich um einen konkreten Aufstellungstermin und ein konkretes, bereits fertiges Kunstwerk handelte.

Zum Antrag selbst wurde dann mit Stimmengleichheit votiert. Damit war er abgelehnt. In die Stadtverordnetenversammlung vom 19. Mai wurde er von der SPD dann nicht einmal mehr vorsorglich zur Abstimmung eingebracht. Die Gründe dafür sind mir nicht bekannt. In besagter Nummer von »Leipzigs Neue« war zu lesen, daß die Denkmalteile – nach monatelanger Arbeit waren die Bronzeteile in Düsseldorf gegossen, die Steine in Hamburg geformt worden – nach Thüringen ausgelagert würden und an Dresden oder Chemnitz als neuem Standort gedacht sei.

Mußte das alles wirklich sein? Das haben weder Ferdinand Lasalle noch der Künstler, noch Leipzig verdient. Daß die Zeiten vorbei sind, in denen politischer Wille einer Partei sich beliebig so ziemlich über alles hinwegsetzen konnte, ist gut. Aber warum hat das die SPD in Leipzig nicht begriffen, warum ist ausgerechnet sie es, die in SED-Beglückungsstrategie »Geschenke« verteilen will, über die sich der Beschenkte auf jeden Fall erst einmal zu freuen hat? Oder war es doch nur Oberflächlichkeit? Oder kam die Leipziger SPD mit der Aussage des Denkmals selbst nicht zurecht, den Auftrag hatte ja ihr Landesvorstand erteilt? Dann kann einem vor allem der Künstler leid tun!

In einer Erklärung von Dr. Pellmann, dem anderen Vertreter der PDS im Kulturausschuß, heißt es am 4. Mai 1993: »Die PDS bekennt sich nachdrücklich zu den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und zum Wirken ihrer führenden Vertreter. Zu ihnen gehört neben August Bebel und Wilhelm Liebknecht auch und gerade Ferdinand Lassalle. Alle drei sind überdies eng mit Leipzig verbunden. Wenn sich die PDS zu Lassalle bekennt, dann verschweigt sie nicht dessen Fehler und Grenzen. Mit dieser Haltung stellt sie auch das Geschichtsbild der SED in Frage, in dem Ferdinand Lassalle nicht den Platz hatte, der seinen Verdiensten und Leistungen entsprach.«

*Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle**

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein. Protokolle und Materialien des ADAV. (Nachdruck). Hrsg. von Dieter Dowe. Berlin, Bonn 1980. XX, 694 S.

Lassalle, Ferdinand: Reden und Schriften. Hrsg. von Hans Jürgen Friederici. Leipzig 1987. 405 S. (Reclams Universal-Bibliothek).

— Ausgewählte Reden und Schriften (1849-1864). Hrsg. von Hans Jürgen Friederici. Berlin 1991. 360 S.

Andreas, Bert: Ferdinand Lassalle, Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein. Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie. 1840-1975. Bonn 1981. 312 S.

Baume, Brita: Ferdinand Lassalle im literarischen Leben seiner Zeit. Phil. Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin 1991. 178, 2 Bl.

Como, Frank: Die Diktatur der Einsicht. Ferdinand Lassalle und die Rhetorik des deutschen Sozialismus. Frankfurt am Main, Bern, New York und Paris 1991. II, 186 S.

Fedorowski, Nikita: Zum Inhalt der letzten Begegnung von Marx und Lassalle im Sommer 1862. In: Marx-Engels-Jahrbuch. Bd. 13. Berlin 1991. S. 262-280.

Ferdinand Lassalle 1825-1864. Gedenken und Vermächtnis. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn von Klaus Reiff. Bonn 1985. 46 S. [Enthält eine Ansprache Willy Brandts vom 10. April 1984 am Lassalle-Gedenkstein in Genf].

Ferdinand Lassalle – Historische Leistung und aktuelle Bedeutung. [Enthält: Susanne Miller: Ferdinand Lassalles »Arbeiterprogramm«. Hans-Jochen Vogel: »Das Erbe Lassalles und der Auftrag des demokratischen Sozialismus der Gegenwart«. – Diese Referate wurden auf einer Tagung aus Anlaß des 125. Jahrestages der Ersterscheinung von Ferdinand Lassalles Arbeiterprogramm am 3. April 1987 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn gehalten] Bonn 1987. 40 S.

Friederici, Hans Jürgen: Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie. Berlin 1985. 240 S.

Friederici, Hans Jürgen: Franz-Mehring's Lassalle-Bild. In: Franz Mehring. Historiker der Philosophie, der Arbeiterbewegung und der Literatur. Hamburg 1990. S. 118-131.

Gebhardt, Manfred: Sophie von Hatzfeldt. Ein Leben mit Lassalle. Biographie. Berlin 1991. 305 S.

* Zusammengestellt von Hans Jürgen Friederici und Monica Schütte.

Hangebruch, Dieter: Die Lassalleaner in Krefeld. Aus den Gründungsjahren der Krefelder Sozialdemokratie. Verein für Heimatkunde Krefeld. 1983. 24 S. (Nachdruck aus »Die Heimat« 53(1982).

Herzig, Arno: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der deutschen Sozialdemokratie dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817-1893). Berlin 1979. 417 S. (Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Beiheft 5).

Herzig, Arno/Günter Trautmann: Der kühnen Bahn nur folgen wir Hamburg 1989. 353S.

Hirsch, Helmut: Sophie und Ferdinand. Eine Plauderei zur Jubiläumsfeier »1100 Jahre Kalkum«. In: Heimat-Jahrbuch Wittlaer 1993. Düsseldorf, Ratingen 1993. S. 59-67.

— Sophie von Hatzfeldt in Selbstzeugnissen, Zeit- und Bilddokumenten. Düsseldorf 1981. 220 S.

Katsch, Günter: Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt... Lassalle und der ADAV im Spiegelbild der Historiographie. In: Leipziger Blätter (1988)12. S. 18-19.

Katsch, Günter Gerhild /Schwendler: »... und dieser Mann sind Sie.« Zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863 in Leipzig. In: Leipziger Blätter (1988)12. S. 9-15.

Kling-Mathey, Christiane: Gräfin Hatzfeldt. 1805 bis 1881. Eine Biographie. Bonn 1989. 335 S.

Kühn, Heinz: Auf den Barrikaden des mutigen Wortes. Die politische Redekunst von Ferdinand Lassalle und Otto von Bismarck, August Bebel und Jean Jaurés, Ludwig Frank und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Giacomo Matteotti und Otto Wels, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher. Bonn 1986. 196 S. [Darin: Der Staatsmann, der das neue deutsche Kaiserreich begründete. Ferdinand Lassalle und Otto von Bismarck. Eine Begegnung historischer Widersprüche. S. 9-41].

Kundera, Elzbieta: Ferdynand Lassalle (1825-1864). Wroclaw 1984. 136 S.

Lasch, Christine: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1868-1870. Phil. Diss. A Universität Leipzig 1990. 159, 47 und 19 Bl.

Pohlenz, Peter: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863-1867. Phil. Diss. A Universität Leipzig 1986. Bd. 1: VII, 158 Bl., Bd. 2: 58 und VIII Bl.

Richer, Brigitte: Das Bundeslied (für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1863). In: Leipziger Blätter (1988)12. S. 60-61.

Warnecke, Otto: Entwicklung und Differenzierung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1871-1873. Phil. Diss. A Universität Leipzig 1992. 151, 54 und 33 Bl.

Personalia

Vereinsfreund Prof. Dr. phil. Wilhelm Wehling 65 Jahre

Am 14. Januar dieses Jahres feierte unser Vereinsfreund Prof. Dr. Wilhelm Wehling seinen 65. Geburtstag.

In Sömmerda in Thüringen als Sohn eines Bäckermeisters geboren, erlernte Wilhelm Wehling nach dem Besuch der Mittelschule den Beruf seines Vaters. Er wurde zum Reichsarbeitsdienst einberufen und noch als Siebzehnjähriger im Januar 1945 in die faschistische Wehrmacht eingegliedert. Im Frühjahr 1945 geriet er in englische Gefangenschaft, wurde aber als Jugendlicher im Sommer 1945 freigelassen.

Unter dem Eindruck dieser Erlebnisse traf Wehling eine grundsätzliche politische Entscheidung, der er treu geblieben ist; er trat im Januar 1946 in die SPD ein und ging mit dieser in die SED. Wehling wurde Funktionär der Jugendbewegung und seiner Partei.

1951 wurde Wehling zum Studium an das damalige Institut für Gesellschaftswissenschaften in Berlin delegiert, in dessen Verlauf er sich der Geschichte zuwandte. Nach einer Aspirantur wurde er 1955 Oberassistent am Lehrstuhl Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. 1960 promovierte er mit einer Arbeit zum Thema »Der Kampf der KPD gegen den faschistischen deutschen Imperialismus 1933-1935«. 1961 wechselte Wehling zur Karl-Marx-Universität Leipzig und leitete am Institut für Deutsche Geschichte die Abteilung Zeitgeschichte. Seine Publikationen und zahlreichen Vorträge waren in dieser Zeit dem antifaschistischen Widerstandskampf und zeitgeschichtlichen Fragen gewidmet.

1967 ging Wehling als Dozent in das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium an der Universität Leipzig. An der Sektion Marxismus-Leninismus baute er die Forschungsgruppe »Geschichte sozialistischer Betriebe« auf, die in den 80er Jahren, meist als

Kollektivarbeiten unter Leitung von Wehling, mehrere Betriebsgeschichten vorlegte. Als Beispiele seien nur genannt: Geschichte der Leipziger Wollkämmerei (1985), Geschichte der Filmfabrik Wolfen (1980-1985), Geschichte des Porzellanwerkes Colditz (1979).

1977 wurde Wehling zum außerordentlichen Professor berufen. Er arbeitete viel mit Studenten und jungen Wissenschaftlern zusammen, die er über Jahres-, Diplom- und Graduarungsarbeiten nicht nur in die Anfänge wissenschaftlichen Arbeitens eingeführt hat. 1990 mußte dieser engagierte Lehrer in den Vorruhestand gehen.

Wir wünschen Prof. Dr. Wilhelm Wehling Gesundheit und Schaffenskraft.

M.H.

***Vereinsfreund Heiko Schinkitz
siegte beim Rennsteiglauf***

Wenige Kilometer vor dem Ziel, am Ortsrand von Frauenwald, weiß er, daß er gewinnt. Die Konkurrenz – rund 4.000 Athleten – ist längst abgeschüttelt. Der 36jährige Mann genießt die Landschaft des Thüringer Waldes. Er genießt das Gefühl der eigenen Kraft und die vielen anfeuernden Zurufe am Wege. Mit großem Vorsprung erreicht er nach 2:39:35,2 Stunden an diesem dritten Mai-Sonnabend des Jahres 1993 das Ziel in Schmiedefeld. Heiko Schinkitz aus Chemnitz, zum siebenten Mal Teilnehmer am Rennsteig-Marathon (42,195 km), hat seinen fünften Sieg in Folge errungen.

An Ort und Stelle sind Frau Verona und die drei Töchter Karin (11), Elke (10) und Anke (7) die ersten Gratulanten. Am Abend freut sich der Erfolgreiche über die telefonischen Glückwünsche seines Vaters Alfred, der ihn, im besten Sinne des Wortes, auf die Bahn zum Sportler gebracht hat. Auf einem in Wohnnähe gelegenen Schulsportplatz entdeckte Schinkitz senior, der Lehrer und Handballtrainer, das Lauf Talent seines damals

10jährigen Jungen. Zu einer Sportabschlußprüfung der zehnten Klassen im Frühjahr 1967 ließ er ihn inoffiziell am 1.000-Meter-Lauf teilnehmen. Dabei kam Heiko als Vierter ins Ziel. Seitdem gehört Training für ihn zum Alltag; zunächst in Kinder- und Jugendgruppen von Dynamo Karl-Marx-Stadt, seit 1984 bei der Sportgemeinschaft Adelsberg, der er immer noch als Läufer und Trainer angehört.

Wenn sich Heiko an das zurückliegende reichliche Vierteljahrhundert seiner sportlichen Laufbahn erinnert – nach Abitur und Wehrdienst folgten 1977 bis 1981 Zwickauer Lehrerstudienjahre in der Kombination Sport/Staatsbürgerkunde, Unterricht an der Kinder- und Jugendsport-schule Karl-Marx-Stadt, Zeiten als Leistungssportler und Trainer – hebt er gern die Kameradschaft und gegenseitige Achtung in den Sportgemein-schaften hervor.

Gleiche Interessen sind im Spiel gewesen, als er seine Verona an der Pädagogischen Hochschule »Ernst Schneller« fand. Sie studierte dort in der Fachkombination Sport/Deutsch. Gleiche Ideen waren es, die sie 1981 der SED beitreten ließen. In der PDS blieben sie 1990, weil ihre gemeinsamen politischen Überzeugungen noch dieselben waren. »Marx wird doch heute mit jedem Tag bestätigt«, sagt Heiko. Das kapitalistische System könne nicht das letzte sein, da es keine Lösungen für die Probleme der Welt anzubieten hat. Und ganz konkret: »Rechnet man zum Beispiel in Chemnitz heute alle verdeckten Arbeitslosen zu den offiziellen hinzu, kommt man auf 40 Prozent der Einwohner im arbeitsfähigen Alter«. Vor allem die PDS setze sich hier für Gerechtigkeit ein. Das habe ihn bewogen, 1990 auf der Liste dieser Partei für die Stadtverordneten-versammlung zu kandidieren. Mit 4.691 Stimmen zog er dort ein.

Welche Überwindung ihn das kostete, der sich zuvor nie in der Öffentlichkeit hervorgetan hatte, der aber ordentlich macht, was er einmal anpackt, seine Zeit im Rathaus nicht nur absitzen will, weiß außer ihm selbst sicher nur seine Frau. Doch auch dem Kommunalpolitiker Schinkitz hilft der Sport. Günstig läßt sich seine Funktion als Vorsitzender des Sportausschusses im Stadtparlament mit der des Vizepräsidenten im Stadtsportbund und der gegenwärtigen Arbeit als Sachgebietsleiter im Olympiastützpunkt Chemnitz/Dresden verbinden. Mit Ausdauer und

sportlichen Kontakten hat er eine große Aktie daran, daß die meisten der rund 130 Chemnitzer Sportstätten nach der »Wende« durch Kommunalisierung erhalten geblieben und nicht mit ihren Trägerbetrieben verkauft worden sind. Daß sie von den gemeinnützigen Sportvereinen gebührenfrei genutzt werden können, ist ebenso mit das Verdienst von Heiko Schinkitz.

Nicht leiden kann er Menschen, die heute alles Vergangene aus DDR-Zeiten schlechtreden, auch das, wofür sie selbst Verantwortung trugen. Doch Rede-Duelle liegen ihm nicht so sehr wie der sportliche Wettstreit. Auf dem Rennsteig will er mindestens noch drei Mal starten und möglichst gewinnen.

Zu den Höhepunkten seiner volkssportlichen Laufbahn gehörte auch die Teilnahme am weltgrößten City-Marathon in New York, wo er am 3. November 1991 unter 27.000 Läufern, davon 7.000 aus dem Ausland und mehrere Hundert aus Deutschland – einen hervorragenden 31. Platz erkämpfte.

Der sportliche Alltag hingegen beginnt jeden Morgen mit dem 5-Kilometer-Lauf zur Arbeit und endet abends mit einem Rennen nach Hause. Um fit zu bleiben, legt er Jahr für Jahr rund 5.000 Trainingskilometer zurück. An die zwanzig Wettkämpfe in Chemnitz und Umgebung kommen jährlich hinzu. Nach seinem Wahlspruch befragt, fällt Heiko folgender Spruch ein: Zum Laufen gehört mehr als schnell sein.

Klaus Müller

Vereinsfreund Prof. em. Dr. sc. Helmut Arndt
65 Jahre

Am 11. Juni feierte unser Vereinsmitglied Prof.em.Dr.sc. Helmut Arndt seinen 65. Geburtstag.

In Potschkau im damaligen Oberschlesien geboren, erlernte Helmut Arndt zunächst den Beruf eines Verkäufers. Nach 1945 nutzte er die Möglichkeiten des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus und ging den Bildungsweg vieler begabter Arbeiterkinder: Besuch der Vorstudienanstalt bzw. ABF von 1948 bis 1950 in Leipzig. Danach studierte er bis 1953 an der Gewifa bzw. am Franz-Mehring-Institut der Universität Leipzig bei Lehrern wie Fritz Behrens, Ernst Engelberg und Walter Markov. Seit 1953 Assistent und dann Oberassistent am Franz-Mehring-Institut, wandte er sich unter dem Einfluß seines Lehrers Josef Schleifstein der Geschichte der Arbeiterbewegung zu, die zu einem seiner Arbeitsgebiete wurde. Helmut Arndt promovierte 1961 und habilitierte sich 1971 mit Themen zum Faschismus und zur Haltung der SPD zum Faschismus. Nachdem er einige Jahre als hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft Wissenschaft und in der Lehre an der DHfK gearbeitet hatte, wurde er 1971 als Dozent an der Karl-Marx-Universität und 1975 zum ordentlichen Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Sektion Marxismus-Leninismus berufen.

Neben der Lehrtätigkeit konnte Helmut Arndt seine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit vor allem in der Forschung entfalten. Er war maßgeblich an der Entwicklung der von Heinz Niemann gegründeten Forschungsgruppe »Geschichte der SPD« beteiligt, aus der die Monographie »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945« (Berlin 1982) und eine große Anzahl von Artikeln und Graduierungsarbeiten hervorgingen, von denen Helmut Arndt viele angeregt und betreut hat.

Auf zwei weiteren Gebieten, der Stadtgeschichte von Leipzig und der Geschichte der Universität Leipzig, entstanden unter Mitarbeit von Arndt

mehrere Werke, die Beachtung fanden: so zum Jubiläum 1965 eine der ersten Stadtgeschichten in der DDR »Leipzig in acht Jahrhunderten« und zum Jubiläum 1990 das »Neue Leipziger Geschichtsbuch«, das neues Material und neue Sichten zu bisher nicht behandelten Aspekten der Leipziger Geschichte brachte. Helmut Arndt war Mitglied des Autorenkollektivs der repräsentativen Universitätsgeschichte »Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität« (Leipzig 1984) und der später erschienenen Kurzfassung »Alma mater Lipsiensis. Karl-Marx-Universität Leipzig 1409-1987. Ein Überblick« (Leipzig 1989).

Die genannten und weitere Monographien zeigen die Fähigkeit Helmut Arndts zum Aufgreifen neuer Fragestellungen und zur wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit. Die von ihm jeweils zu verantwortenden Abschnitte zeichnen sich durch eine solide Quellenbasis aus, was dazu beiträgt, daß sie trotz mancher zeitbedingter Wertungen wohl Bestand haben werden. Darüber hinaus hat Arndt rund 50 Artikel, Rezensionen und andere wissenschaftliche Beiträge sowie eine noch größere Anzahl von Artikeln zu historischen Themen in Tageszeitungen vorgelegt.

Nachdem er die Leitung der Forschungsgruppe übernommen hatte, orientierte er auf eine größere Breite und Vielfalt bei der Erforschung der Arbeiterbewegung. Zusammen mit Heinz Niemann verfaßte er eine Geschichte der SAPD, die nach einer ersten Ausgabe 1988 durch die Humboldt-Universität Berlin 1991 unter dem Titel »Auf verlorenem Posten? Linkssozialismus in Deutschland« im Dietz Verlag Berlin erschien. Auch dieses Resümee ist ein Beleg dafür, daß unter nicht immer einfachen Bedingungen wissenschaftliche Ergebnisse erreicht werden konnten.

1990 wurde Helmut Arndt nach einer gesundheitlich bedingten Invalisierung emeritiert. Das bedeutete für ihn keinen Abschied von Wissenschaft und Politik. Er ging seitdem wie andere den Weg der kritischen Reflexion der sozialistischen Entwicklung der DDR und sieht heute seine Aufgabe darin, eingedenk historischer Lehren und eigener Erfahrungen, die Idee und den Weg des demokratischen Sozialismus zu verteidigen. Wir wünschen ihm dazu viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Vereinsfreund Prof. em. Dr. phil. habil. Werner Berthold 70 Jahre

Offizielle Glückwunschschriften, noch dazu wenn sie veröffentlicht werden, sind ein tückisches Pflaster. Besonders Wissenschaftler stellen ein undankbares Thema dar. Allgemein wird erwartet, daß der Autor den wissenschaftlichen Weg des zu Ehrenden beschreibt. Wer kennt diesen aber besser als der Jubilar? Bereitet es ihm Freude zu erfahren, wann er promoviert oder sich habilitiert hat?

Fehlen derartige Daten, gerät der Autor in den Verdacht der Unseriosität. Als Autor wird zumeist ein Schüler oder Mitschüler ausgewählt, von dem angenommen wird, daß er denjenigen, den er würdigen soll, gut kennt. Kennt er ihn wirklich? Daß Gott den Wissenschaftler erschuf und der Teufel den Kollegen erfand, darf keine Rolle spielen. Glückwunschschriften sind auch keine Gutachten. Wer den Hammer der Kritik zu schwingen sucht, hat sich im Genre vergriffen.

Im Bewußtsein dieser Problematik verweise ich auf jene faktenreichen und trockenen Zeilen, die ich anlässlich des 65. Geburtstages von Werner Berthold in Heft 9/1988 der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« veröffentlicht habe und trage lediglich nach, daß 1989 und 1990 in der Reihe »Lehrmaterial zur Ausbildung von Diplomlehrern Geschichte« die Teile I und II des Abrisses »Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft vom Altertum bis zum 20. Jahrhundert« erschienen sind.

Ich kenne Werner Berthold seit mehr als drei Jahrzehnten, habe mehr als ein Vierteljahrhundert unter seiner direkten Leitung gearbeitet, mich mit ihm oft genug gestritten und ihm mitunter auch das Leben schwer gemacht. Wer war und wer ist er?

Die Antwort setzt sich aus Teilen zusammen, die relativ und mitunter sehr subjektiv sind. Er war ein Besessener. Besessen von der Idee, daß ein *Einziger* eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Geschichtswissenschaft von den Anfängen bis zur Gegenwart verfassen kann.

Während ihn Historiker wie Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski und Jaroslaw Kudrna hierin unterstützten, haben ihn Kollegen geringeren Formats ob dieses Anspruchs leise lächelnd mit einem Oswald Spengler oder Arnold Toynbee verglichen. Er ließ sich nicht beirren. Dissertations- und Habilitationsschrift hatten völlig verschiedene Gegenstände. Gutachter wie Ernst Engelberg und Walter Markov bescheinigten ihm als Forscher außergewöhnliche Fähigkeiten.

Generationen von Studenten haben erlebt, wie sein Herz für die Lehre schlug. Für viele zählten seine Vorlesungen über die Historiographiegeschichte zu *den* Erlebnissen des Studiums. Er stellte an sich in Lehre und Forschung höchste Ansprüche. Die Studenten hatten seiner Meinung nach das ausdrückliche Recht, den neuesten Forschungsstand vermittelt zu bekommen, und wenn der Gegenstand einer Vorlesung das erfordere, so habe der Lehrende Tag und Nacht dafür zu arbeiten. Dabei reiche es nicht aus, daß er nur rezipiere, sondern er müsse selbst forschen.

Neue Erkenntnisse setzte er zunächst – wie er gern zu sagen pflegte – dem verfremdenden Blick der jüngeren Generation aus. Nach gründlicher Prüfung – jede Fassung war die vorletzte – folgte die Publikation. So entstanden zahlreiche Aufsätze, die zeitlich von der Antike bis zur Gegenwart reichen. Eine seiner Maximen lautete, die potentiellen Kritiker in die Entstehung einer Arbeit einzubeziehen. Die Folge war eine umfangreiche wissenschaftliche Korrespondenz und Einladungen zur Beteiligung an Sammelbänden (z. B. 1991: Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker in memoriam Karl Dietrich Erdmann), zu Gastvorlesungen und Tagungen.

Werner Berthold gehörte zu denjenigen Historikern der DDR, die einen internationalen Ruf hatten. Er suchte die Polemik, aber hielt es mit Bertolt Brecht: »Daß das weiche Wasser in Bewegung /Mit der Zeit den mächtigen Stein besiegt«.

Zweifellos hatte er seine Lieblingsthemen: Renaissance und Aufklärung, die Geschichtsphilosophie Hegels, Zeit und Fortschritt in der Geschichte... Er wußte, daß die Poesie die Wunden heilt, die der Verstand schlägt und flüchtete oft zu Thomas Mann.

Obwohl ihn Unfälle und dringende Operationen mehrfach Monate lang an das Bett fesselten, verlor er nie Optimismus, Humor und Arbeitswut. Selbst im Krankenhaus schrieb er Rezensionen. Die geheimnisvolle Welt der Pilze hielt ihn seit 1964 in ihrem Bann, und von ihm zubereitete Pilzgerichte halten professionellem Vergleich stand. Viele erinnern sich seiner originellen Reden, mit denen er sorgfältig ausgewählte Geschenke überreichte. Im Beruf und im täglichen Leben galt für ihn das Freudsche Prinzip, die Erkenntnis lustbetont zu verankern. Er war und ist einer der wenigen Polyhistoren der Geschichte der Geschichtswissenschaft.

G. K.

Zu den Autoren dieses Heftes

Dr. phil. Henrike Dietze, geb. 1943, absolvierte von 1962 bis 1967 ein fünfjähriges Lehrerstudium in den Fächern Latein und Deutsch. Nach dem Studium wurde sie an einer Polytechnischen Oberschule in Rudolstadt als Lehrerin für Russisch, Sport und Deutsch eingesetzt. Aus der Volksbildung schied sie vor Ablauf der zwei Pflichtjahre aus, fand mit Hilfe einer Zeitungsannonce Arbeit an der Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität. Vom Sommer 1969 an (bis zum 30. September 1991, nach der Abwicklung) arbeitete sie dort im Wissenschaftsbereich Deutsche Sprache und Stilistik bzw. an der Nachfolgeeinrichtung. 1979 hatte sie »Zur Funktion sprachlicher Bilder in journalistischen Texten« promoviert.

Prof. em. Dr. phil. habil. Hans Jürgen Friederici wurde 1922 in Waldenburg/Schlesien geboren. Er studierte von 1947 bis 1951 Geschichte und Philosophie an der Universität Rostock. Seine wissenschaftliche Arbeit begann er im Herbst 1951 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald. Im Jahre 1954 wurde er als Dozent an das Franz-Mehring-Institut der damaligen Karl-Marx-Universität Leipzig berufen. Dort leitete er über Jahrzehnte den Wissenschaftsbereich Geschichte der Arbeiterbewegung. Er promovierte 1958 bei Prof. Dr. Ernst Engelberg und habilitierte sich 1965. Im Jahre 1967 wurde er zum Professor berufen. Seit Anfang der sechziger Jahre publizierte er zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, vor allem zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert und zum antifaschistischen Widerstandskampf. Er gab 1963 den vierten Band der »Gesammelten Schriften« Franz Mehrings heraus, war 1982 Mitautor der Schrift »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945«, publizierte 1985 »Ferdinand Lassalle. Eine politische Biographie«, 1986 »Franz Mehring. Aufsätze zur preußischen und deutschen Geschichte«, und 1987 »Ferdinand Lassalle. Reden und Schriften«. 1988 emeritiert, gab er im Jahre 1991 noch die »Ausgewählten Reden und Schriften Ferdinand Lassalles« in der Reihe »Soziales Denken« des Dietz Verlages Berlin heraus.

Prof. Dr. Helmut Hirsch, Ph. D., Honorarprofessor Universität Duisburg Gesamthochschule, geboren 1907 in Barmen, studierte Kommunikationswissenschaft, Germanistik, Geschichte, Kunst- und Kulturgeschichte in München, Berlin, Köln, Bonn, Leipzig und Chicago, wo er 1945 mit einer Arbeit zur Geschichte des Saargebietes promovierte, die zu mehreren bundesdeutschen Veröffentlichungen und politischer Betätigung im deutsch-französischen Kampf um die Saar führten. 1945 wurde er Mitbegründer des Roosevelt College (später Universität), einer Hochschule ohne Diskriminierung bezüglich Rasse, Klasse, Religion oder Nation. Rückwanderung nach vielen Deutschlandaufenthalten als Associate Professor für Geschichte 1957. U. a. Gastdozent am Institut für höhere europäische Studien der Universität Turin (zwei Jahre). Er hat zahlreiche Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere zu den Leistungen namhafter Frauen in dieser Bewegung, verfaßt und empfing dafür nationale und internationale Auszeichnungen. Jüngste Arbeiten: Rußlandbild deutscher Sozialisten. Von Moses Hess bis Eduard Bernstein. In: Lew Kopelew unter Mitwirkung von Mechthild Keller (Hrsg.): West-östliche Spiegelungen.

Bd. 4 (im Druck); (mit Marianne Hirsch) Stammte Margarethe Meyer-Schurz aus einer ursprünglich jüdischen Familie? In: *Deutsch-Jüdische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart, Bonn 1992 (Studien zur Geistesgeschichte. Bd. 15); *Zum Jüdischen Wanderbund Blau-Weiß in Elberfeld*. Aus Spezialquellen, persönlichen Beziehungen und eigenen Erinnerungen. In: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins*. Wuppertal 1993; »Frauen, Franzosen, Philister und Juden«. Zu den Ausschlußklauseln der Tischgesellschaft (im Druck).

Hirschs 1933 aus politischen Gründen nicht mehr einzureichende, 1936 großenteils in der »International Review for Social History« publizierte Leipziger Dissertation über Karl Friedrich Köppen, den intimsten Freund Marxens, und sein umfangreiches Lebenswerk führten am 25. Oktober 1988 beziehungsweise am 31. Januar 1989 zu seiner nachträglichen Promovierung durch die Karl-Marx-Universität (siehe Umfangreiches Lebenswerk fand verdiente Würdigung. Prof. Dr. Helmut Hirsch erhielt Promotionsurkunde der KMU. In: »Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität« vom 10. Februar 1989. – Volker Külow: Verleihung der Promotionsurkunde an Prof. Dr. Helmut Hirsch. In: *Marx-Engels-Forschungsberichte* (6). Leipzig 1990, S. 181-183.) Aktuellen Anstoß gab Dr. Hans Pelger vom Karl-Marx-Haus Trier (siehe dessen Korrespondenz mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus vom 19. Januar 1988), nachdem Prof. Dr. Hans Jürgen Friederici zweieinhalb Jahrzehnte vorher die ersten Anstöße gegeben hatte (siehe S. 22 Fußnote 2).

Volker Külow, geboren 1960 in Leipzig, 1979-1982 NVA, 1982-1986 Studium und Forschungsstudium an der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1988 Promotion bei Prof. Manfred Neuhaus zu einem editionsphilologischen Thema der Marx-Engels-Forschung; 1987-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Leipziger MEGA-Projektgruppe/Seminar für Editionswissenschaft; seit 1993 als freiberuflicher Journalist in Bonn und Leipzig tätig – Veröffentlichungen u.a.: David Rjasanow – Marx-Engels-Forscher. Humanist. Dissident. Hrsg. und mit einem biographischen Essay versehen von Volker Külow und André Jaroslowski. Berlin 1993. – *Zeitzeugen des Jahrhunderts*. Hrsg. und bearbeitet von Holger Becker und Volker Külow (im Druck).

Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Schröder, geb. 1935, 1958-31. 12. 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften; 1969-1990 Verantwortlicher Redakteur des »Jahrbuchs für Geschichte«. Forschungsgebiet: Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Publikationen u.a.: *Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit. Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*. Berlin 1965; *Wilhelm Liebknecht: Kleine politische Schriften*. Leipzig 1976; *Illustrierte Geschichte des Sozialistengesetzes*. Berlin 1980 (gemeinsam mit Horst Bartel und Gustav Seeber); *Ernestine. Vom ungewöhnlichen Leben der ersten Frau Wilhelm Liebknechts*. Leipzig 1987 (2. Aufl. Leipzig 1989); »Sie können sich denken, wie mir oft zu Muthe war...«. *Jenny Marx in Briefen an eine vertraute Freundin*. Leipzig 1989.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külöw/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdeler Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teuschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem

175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalia. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 51-52.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 68 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber • 23. August 1933 bis 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7-11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11-13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13 bis 14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15-16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17-39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41-55. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Verein e. V. S. 57-58.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Streiflichter auf die Geschichte der DDR. – Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7-14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15-25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27-39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41-48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinese Wall‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49-50. – Personalia. S. 51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 53-54.]

»Texte zur politischen Bildung«

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S.

